



## Presseschau vom 27.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Cum-Ex: Je größer der Betrug, desto geringer die Strafe**

Es ist lange her, viele waren beteiligt, und in Haft sitzt bisher nur einer. Cum-Ex, der größte organisierte Betrug zulasten der deutschen Steuerzahler, wird wohl nie rechtlich aufgearbeitet werden. Zur Rettung der Milliardäre ist man noch zu ganz anderem bereit. ...

<https://kurz.rt.com/2xrt> bzw. [hier](#)

**de.rt.com: In eigener Sache: RT DE weiterhin über Alternativen zu erreichen**

Im Moment sehen wir die Sperrung unserer Domains und Subdomains, insbesondere rtde.site und test.rtde.live in Deutschland unter anderem beim Provider Telekom. Doch RT wäre nicht RT, wenn wir dafür keine Lösung hätten. Mehr Infos zu Ausweichadressen und anderen Alternativen finden Sie im Artikel. ...

<https://kurz.rt.com/2x2d> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Nur keine Angst vor dem Atomkrieg, oder: Ein Freund, ein guter Freund**

...

Panzerlieferungen? Abgehakt. Jetzt ist es angesagt, über Befürchtungen zu spotten, es könnte zu einem Atomkrieg kommen. Wie hasenfüßig, wo es doch darum geht, treu an der Seite unserer US-Freunde Solidarität mit der Ukraine zu zeigen ...

<https://kurz.rt.com/2xsj> bzw. [hier](#)

**Maria Müller: Russland warnt vor ABC-Waffen-Provokationen in der Ukraine**

Der Stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen und im UN-Sicherheitsrat in New York, Dmitri Poljanski, informierte am Montag die internationale Presse über die akute Gefahr eines von ukrainischen Kampfeinheiten inszenierten Angriffs mit Massenvernichtungswaffen. ...

<https://kurz.rt.com/2xtm> bzw. [hier](#)

**abends/nachts:**

**21:35 de.rt.com: Ukraine-Konferenz in Ramstein: Deutschland liefert "Gepard"-Panzer und bildet Artillerie-Truppen aus**

Auf der Air Base Ramstein findet ein Spitzentreffen mit Teilnehmern aus 40 Ländern zum Ukraine-Krieg statt. Zu Beginn sicherte Verteidigungsministerin Lambrecht (SPD) der Ukraine "Gepard"-Flugabwehrpanzer sowie die Ausbildung ukrainischer Truppen in Deutschland zu.

Mehr als 40 Länder nehmen an einer von den USA initiierten Ukraine-Konferenz auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein teil. Darunter sollen sich nach offiziellen Angaben auch Verteidigungsminister und Militär-Stabschefs von Staaten befinden, die nicht der NATO angehören. Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow ist ebenfalls aus Kiew angereist. Einzig und allein NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte seine Teilnahme an der "Ukraine Defense Consultative Group" ab, da es sich bei dem Treffen um keine Veranstaltung des Bündnisses handele. An seiner Statt ist einer der beigeordneten NATO-Generalsekretäre vor Ort.

Die USA und ihre Verbündeten werden "Himmel und Erde" in Bewegung setzen, damit die

Verteidigungsbedürfnisse Kiews künftig erfüllt würden, erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin in seiner Eröffnungsrede. Das Treffen in Ramstein sei der Beweis für eine "wachgerüttelte Welt". Die Ukraine brauche Hilfe, um sich selbst zu verteidigen, so Austin weiter. Darum gehe es bei dem Treffen in Ramstein. Washington werde darauf drängen, der Ukraine "das zu beschaffen, was sie benötigt."

Nach der Begrüßung von Austin, der am Freitag zu dem Gipfeltreffen nach Rheinland-Pfalz eingeladen hatte, sprachen zunächst Resnikow und die deutsche Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). Lambrecht verwahrte sich zu Anfang ihrer Rede gegen den Vorwurf, dass Deutschland zu wenig Unterstützung für die Ukraine leiste. "Es hat in diesem Zusammenhang in den vergangenen Wochen auch Kritik an Deutschland gegeben", sagte die SPD-Politikerin. Allerdings sprächen die Zahlen eine ganz andere Sprache, ergänzte sie. Ihr sei es "wichtig, dass wir hier weiter geschlossen zusammenstehen und uns nicht auseinandertreiben lassen."

Anschließend kündigte die deutsche Verteidigungsministerin an, die Bundesregierung habe "grünes Licht" für die Lieferung gebrauchter Flugabwehrpanzer vom Typ "Gepard" gegeben. "Das ist genau das, was die Ukraine jetzt braucht, um den Luftraum vom Boden aus zu sichern", erklärte Lambrecht. Die Regierung entscheide – wie Montagabend diesbezüglich geschehen – "ganz konkret", wie die Ukraine über Produktionen aus Deutschland unterstützt werden könne, so die Ministerin weiter. Die Genehmigung zum Verkauf der Waffen wurde ihren Angaben zufolge dem Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann erteilt. Dieser dürfe nun die Panzer aus früheren Bundeswehr-Beständen an die Ukraine verkaufen.

Mit den USA habe man sich zudem darauf geeinigt, ukrainische Truppen künftig an Artilleriesystemen auf deutschem Boden auszubilden: "Wir arbeiten gemeinsam mit unseren amerikanischen Freunden bei der Ausbildung von ukrainischen Truppen an Artilleriesystemen auf deutschen Boden", sagte Lambrecht am Dienstag auf dem US-Militärstützpunkt in Ramstein. Gemeinsam mit den Niederlanden wolle Deutschland ukrainische Soldaten an Panzerhaubitzen ausbilden und Munition für die Ukraine bereitstellen.

"Denn wir wissen alle, dass in diesem Konflikt Artillerie ein wesentlicher Faktor ist." Weitere Anträge auf Exportgenehmigungen aus Deutschland würden Lambrecht zufolge weiter intensiv beraten. Allerdings beharrte sie, wie auch schon Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), nach wie vor darauf, dass es auch künftig "keine deutschen Alleingänge" geben werde. Dass sich die Vereinigten Staaten gerade Ramstein als Schauplatz für das Treffen ausgesucht haben, dürfte indes kein Zufall sein. Insbesondere der symbolische Wert, der Ramstein als Schaltstelle der NATO in diesem Krieg zukommt, hat vermutlich zu der Entscheidung der Amerikaner geführt, den Gipfel in Rheinland-Pfalz abzuhalten. Außerdem dürfte das Treffen international so wahrgenommen werden, als fänden die Gespräche unter der Führung Deutschlands statt. Denn immerhin befindet sich der Luftwaffenstützpunkt auf deutschem Boden.

Und eine erste Hoffnung der Amerikaner hat sich durch die ungewöhnliche Ortswahl offensichtlich bereits erfüllt: Durch den mit dieser Entscheidung unterschwellig aufgebauten Druck hat die Bundesregierung am Ende nachgegeben und der Ukraine nun doch die Lieferung von schweren Waffen wie etwa Panzern zugesichert – entgegen allen früheren und durchaus berechtigten Bedenken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267f00cb480cc5663455df9.jpg>

**Dan-news.info: Die Generalstaatsanwaltschaft der DVR hat ein Strafverfahren gegen einen der Anführer der ukrainischen Neonazis, den Gründer der Gruppierung „Asow“ Andrej Bilezkij eingeleitet.**

„Die Staatsanwaltschaft hat festgestellt, dass Andrej Jewgenjewitsch Bilezkij am 22. April 2022 in einer Sendung des ukrainischen Fernsehsenders NTA Aufrufe zu extremistischer Tätigkeit verbreitet hat, das zur Begehung besonders schwerer Verbrechen – zu Morden wegen nationalem Hass“, heißt es in einer Mitteilung der Generalstaatsanwaltschaft. In dem genannten Interview hat Bilezkij unter anderem den Plan der Behörden des befreiten Mariupol kommentiert, am 9. Mai in der Stadt einen Zug des unsterblichen Regiments durchzuführen. Der Anführer der Neonazis drohte mit einem Raketenschlag auf die Teilnehmer der Aktion, er nannte die Fähigkeit der ukrainischen bewaffneten Formationen „eine adäquate und klare Antwort zu geben“ unter Nutzung von taktischen Raketen „Totschka-U“.

**22:10 de.rt.com: Ukraine will zwei Milliarden US-Dollar pro Monat von den USA**

Der ukrainische Finanzminister Sergei Martschenko hat die US-Regierung um eine monatliche wirtschaftliche Soforthilfe in Höhe von mindestens zwei Milliarden US-Dollar gebeten. Der Beamte teilte auch mit, Kiew hoffe, weitere drei Milliarden US-Dollar pro Monat aus anderen Quellen zu erhalten.

In einem Gespräch mit der Washington Post sagte der ukrainische Finanzminister Sergei Martschenko, dass die Ukraine jetzt eine Lücke schließen müsse, "um die notwendigen Finanzmittel zu beschaffen und diesen Krieg zu gewinnen".

Während seines Besuchs in Washington in der vergangenen Woche traf sich Martschenko mit einer Reihe von hochrangigen US-Beamten und warnte sie, dass die Ukraine ohne die geforderte finanzielle Unterstützung wahrscheinlich nicht in der Lage sein würde, die durch die russische Militäroffensive angeblich ausgelöste humanitäre Krise zu bewältigen.

Insgesamt würden fünf Milliarden US-Dollar pro Monat benötigt, um den unmittelbaren Bedarf der Ukraine im April, Mai und Juni zu decken, erklärte der Minister.

Darüber hinaus wird erwartet, dass Kiew zu einem späteren Zeitpunkt eine weitere Tranche beantragen wird, um die Ukraine bei der Bewältigung der entstandenen Schäden zu unterstützen.

Am vergangenen Donnerstag nahm Martschenko Berichten zufolge auch an einem privaten Abendessen teil, zu dem der stellvertretende US-Finanzminister Wally Adeyemo eingeladen hatte und an dem Vertreter führender US-Firmen wie Goldman Sachs und der Lobbyistenvereinigung Business Roundtable teilnahmen. Außerdem traf der ukrainische Minister am vergangenen Mittwoch während des G20-Gipfels in Washington mit US-

Finanzministerin Janet Yellen zusammen.

Seit dem Beginn der russischen Militäroffensive in der Ukraine Ende Februar haben die USA bereits rund eine Milliarde US-Dollar an Wirtschaftshilfe für Kiew bereitgestellt. Zusätzlich zu der großzügigen Militärhilfe hat die US-Regierung in der vergangenen Woche weitere 500 Millionen US-Dollar bewilligt.

Yellen verkündete am vergangenen Donnerstag vor Reportern, die USA müssten "Wege finden, um die Bedürfnisse der Ukraine zu erfüllen". Sie fügte hinzu, dass dies bedeute, "mit einem zusätzlichen Antrag an den Kongress zurückzukehren". Ihre Äußerungen erfolgten kurz nachdem US-Präsident Joe Biden deutlich gemacht hatte, dass er den US-Kongress um grünes Licht für mehr finanzielle Unterstützung für die Ukraine bitten würde – etwas, das ein anonymes US-Beamten gegenüber der Washington Post als eine der obersten Prioritäten der US-Regierung bezeichnete.

Mehrere US-Kongressabgeordnete und hochrangige ukrainische Beamte haben wiederholt vorgeschlagen, eingefrorene Vermögenswerte der russischen Zentralbank an die Ukraine auszuhändigen. Die US-Regierung hat jedoch bisher keine Zusagen gemacht. Yellen beschrieb diese mögliche Übergabe als etwas, das sie "nicht so leichtfertig tun würde" und erklärte Reportern, dass "es etwas ist, von dem ich denke, dass unsere Koalition und unsere Partner sich wohlfühlen und es unterstützen müssten".

Der ukrainische Finanzminister erklärte gegenüber der Washington Post, dass sein Land das Geld brauche, um Millionen von Binnenvertriebenen in der Ukraine zu versorgen sowie die Renten für Rentner und die Gehälter für medizinische und pädagogische Fachkräfte zu zahlen. Abschließend stellte Martschenko fest, dass Washington im Laufe der Zeit "kooperativer" geworden sei, und fügte hinzu, dass die Unterstützung durch die USA "immer größer wird".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267d97648fbef778a6e8a95.jpg>

## 22:10 de.rt.com: **Polen erwartet für Panzerlieferungen an Ukraine Ersatz aus Deutschland**

Polen erwartet für die Lieferung von Panzern sowjetischer Bauart in die Ukraine Ersatz aus Deutschland. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagte am Dienstagabend nach einem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin, dass er mit dem Kanzler darüber gesprochen habe. Er rechne mit Kompensation von NATO-Partnern und denke, "es wird möglich sein, Waffen aus Deutschland zu erhalten", zitierte die polnische Nachrichtenagentur PAP den Regierungschef. Morawiecki hatte am Montag erstmals bestätigt, dass Polen Panzer in die Ukraine liefert, nannte aber keine Zahlen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62684f1248fbef778a6e8b0f.jpg>

### 22:50 de.rt.com: **Dumavorsitzender fordert Einstufung der ukrainischen Regierung als Terrororganisation**

Der Vorsitzende des russischen Unterhauses, Wjatscheslaw Wolodin, beschuldigte Kiew in ihrem Kampf gegen Russland zu Terrorangriffen gegenüber Zivilisten übergegangen zu sein. Dagegen sei das Verhalten der russischen Armee von humanitärer Sorge geprägt.

Der Vorsitzende des russischen Unterhauses, der Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin hat die Einstufung der ukrainischen Regierung als terroristisch gefordert aufgrund ihrer mutmaßlichen Mitschuld an Mordplänen, nach denen verschiedene russische Journalisten getötet werden sollten.

Der russische Spitzenpolitiker erklärte über seinen Telegram-Account, dass die Regierung in Kiew nach dem „Krieg gegen die eigene Bevölkerung“ zu "terroristischen Angriffen gegen Zivilisten anderer Länder" übergegangen sei. Wolodin betonte:

"Die Ukraine muss als terroristisches Land anerkannt werden. Selenskij muss zur Rechenschaft gezogen werden. Die Schuldigen müssen bestraft werden."

Wolodin schrieb zudem am Montag auf Telegram, dass es sich bei der Ukraine um eine Militäroperation und nicht um einen Krieg handle, da russische Soldaten und Offiziere unter Einsatz ihres Lebens Zivilisten befreien würden.

Er warnte, dass wenn es sich um einen Krieg handeln würde, dieser schon längst beendet wäre. Somit reagierte er auf Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, der sagte, dass in seinem Land "ein beispielloser Krieg geführt wird, der mit keinem im 20. Jahrhundert geführten Krieg verglichen werden könne".

Wolodin schrieb:

"Es ist eine besondere militärische Operation. Hätte Russland einen ausgewachsenen Krieg geführt, hätte es die amerikanische Taktik der Bombenteppiche angewandt und verbrannte Erde hinterlassen, wie es die demokratischste Luftwaffe in Jugoslawien, Libyen, Irak und Syrien getan hat, wäre es längst vorbei gewesen."

Er erklärte weiter, dass russische Soldaten Zivilisten nicht töten, sondern befreien und neonazistische Schwerpunkte durch gezielte Angriffe zu Fall bringen würden, während Nationalisten auf Befehl Kiews in städtischen Wohngebieten kämpfen und Frauen sowie Kinder als Geiseln und menschliche Schutzschilde nehmen würden.

Als Beispiel für das humanitäre Vorgehen des russischen Militärs nannte der Dumapäsident die Kämpfe um das Stahlwerk Asowstal in Mariupol, wo humanitäre Korridore für die Abreise von Zivilisten eingerichtet worden seien. Den Kiewer Soldaten sei vorgeschlagen worden, ihre Waffen abzugeben, damit sie nach den Normen des humanitären Völkerrechts behandelt werden können.

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hatte gestern mitgeteilt, dass mehrere Mitglieder einer Neonazi-Gruppe verhaftet worden seien, die den Ermittlungen zufolge Anschläge auf führende russische Medienmanager und Journalisten geplant haben sollen. Auf der Liste standen angeblich unter anderem der Rundfunksprecher Wladimir Solowjow, der Generaldirektor der Mediengruppe Rossija Segodnja, Dmitri Kisseljow, sowie die RT-Chefredakteurin Margarita Simonian.

Zu den Anschlagplänen gehörte demnach auch das Inbrandsetzen von Fahrzeugen mit Emblemen und Zeichen zur Unterstützung der russischen Militäroperation in der Ukraine. Laut den vom FSB veröffentlichten Geständnissen gaben die Verhafteten ihre Schuld zu und erklärten außerdem, dass ihre Befehle vom ukrainischen Geheimdienst kamen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267ea1448fbef714418c217.jpg>

**vormittags:**

6:15 de.rt.com: **China: Palästina-Frage darf nicht aus dem Blick geraten**

Die Lösung der Palästina-Frage ist aus Sicht Pekings der Schlüssel zur Beilegung des Nahostkonfliktes. China sei bereit, hierzu einen Beitrag zu leisten. Die Volksrepublik ruft alle Parteien zur Zurückhaltung und Deeskalation auf.

Der chinesische UN-Botschafter Zhang Jun hat auf einer Sitzung des Weltsicherheitsrates erklärt, dass die Palästina-Frage unabhängig von der Entwicklung in der Weltpolitik nicht beiseitegeschoben oder vergessen werden dürfe, da sie stets im Mittelpunkt des Nahostkonfliktes stehe, wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete. Es fehle in dieser Frage nicht an großen und gerechten Plänen, sondern am Mut zur Tat. Der Hauptgrund für die sich wiederholenden Eskalationen in Palästina sei, dass die legitimen nationalen Rechte der Palästinenser nicht verwirklicht und die Zweistaatenlösung nicht umgesetzt wurden.

China verurteile alle Angriffe gegen Zivilisten und stelle sich gegen sämtliche Verstöße gegen den historischen Status quo der religiösen Stätten, so Zhang.

Der chinesische Diplomat erklärte:

"Die Sicherheit Israels und Palästinas ist voneinander abhängig und unteilbar. Wenn die Sicherheit der einen Seite auf Kosten der Sicherheit der anderen Seite hergestellt wird, ist es unmöglich, den Kreislauf der Gewalt zu durchbrechen oder das Sicherheitsproblem zu lösen. Nur durch die Aufrechterhaltung des gemeinsamen, umfassenden, auf Zusammenarbeit beruhenden und nachhaltigen Sicherheitskonzepts kann eine friedliche Koexistenz verwirklicht werden."

China rufe alle Parteien, insbesondere Israel, dazu auf, Zurückhaltung zu üben und zu verhindern, dass die Lage weiter eskaliert oder gar völlig außer Kontrolle gerät.

China unterstütze weiterhin die Gespräche zwischen dem UN-Sonderkoordinator Tor

Wennesland und Israel, Palästina sowie anderen Parteien, um auf eine Deeskalation hinzuwirken. Peking unterstütze ebenso die Arabische Liga und die arabischen Länder dabei, aktive Rollen bei den Friedensbemühungen zu spielen. Der Sicherheitsrat solle die gegenwärtige Situation und die Forderung der arabischen Staaten sehr ernst nehmen, dringende Maßnahmen ergreifen und mit einer Stimme sprechen, um so seiner Rolle gerecht zu werden, so Zhang.

Der chinesische Diplomat kritisierte, dass die israelischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet die Kontinuität der besetzten Gebiete unterbrechen, den Lebensraum des palästinensischen Volkes beschneiden und die Aussichten auf eine Zweistaatenlösung gefährden. China fordere Israel auf, die Zerstörung palästinensischer Häuser und die Vertreibung von Palästinensern einzustellen, den Ausbau der Siedlungen zu stoppen und die Voraussetzungen für die Entwicklung palästinensischer Gemeinden im Westjordanland zu schaffen.

Die chinesische Regierung hoffe, dass Palästina und Israel ihr Engagement auf hoher Ebene fortsetzen können, um den Dialog auf gleicher Augenhöhe wiederaufzunehmen. China appelliere an die internationale Gemeinschaft, auf der Grundlage der einschlägigen UN-Resolutionen und des internationalen Konsenses große Anstrengungen zu unternehmen, um den Friedensprozess im Nahen Osten voranzubringen.

China unterstütze die Errichtung eines vollständig souveränen und unabhängigen Staates Palästina auf der Grundlage der Grenzen von 1967 und mit Ostjerusalem als Hauptstadt. Zudem stelle sich Peking hinter die friedliche Koexistenz von Palästina und Israel und die gemeinsame Entwicklung des arabischen und des jüdischen Volkes. Gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft werde China seine unermüdlichen Bemühungen um eine umfassende und gerechte Lösung fortsetzen, so der chinesische UN-Botschafter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267e588b480cc57e412866e.jpg>

#### 6:45 de.rt.com: **Iran und Saudi-Arabien nehmen Gespräche zur Normalisierung ihrer Beziehungen wieder auf**

Iran und Saudi-Arabien haben eine neue Gesprächsrunde zur Normalisierung ihrer Beziehungen begonnen. Die von Irak vermittelten Verhandlungen waren im vergangenen Jahr wieder aufgenommen worden, als Riad nach einem Weg suchte, seinen katastrophalen Krieg gegen die von Iran unterstützte Huthi-Bewegung im Jemen gesichtswahrend zu beenden. Die rivalisierenden Regionalmächte im Nahen Osten, Iran und Saudi-Arabien, haben ihre im März unterbrochenen Verhandlungen in der irakischen Hauptstadt Bagdad wieder aufgenommen.

Die iranische Nachrichtenseite Nour-News, die dem Obersten Nationalen Sicherheitsrat des Landes nahesteht, berichtete jüngst, eine fünfte Gesprächsrunde zwischen Teheran und Riad habe in Bagdad stattgefunden. Hochrangige Sicherheitsbeamte beider Seiten sowie irakische

und omanische Beamte nahmen daran teil, hieß es. Wann genau die iranischen und saudischen Diplomaten zu den Verhandlungen zusammenkamen, blieb zunächst unklar. Eine vierte Gesprächsrunde hatte bereits im September 2021 stattgefunden.

"Die fünfte Gesprächsrunde zwischen Saudi-Arabien und Teheran fand im Irak statt, und die Gespräche waren progressiv und positiv", sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Saeed Khatibzadeh, am Montag auf einer wöchentlichen Pressekonferenz.

Der irakische Außenminister, Fuad Hussein, hatte seinerseits bereits am Sonntag erklärt, Bagdad werde eine neue Gesprächsrunde zwischen Teheran und Riad ausrichten. Nun teilte der Politiker der offiziellen irakischen Nachrichtenagentur mit, dass die fünfte Gesprächsrunde Anfang dieser Woche in einer freundlichen Atmosphäre stattgefunden habe. Nach der Hinrichtung des schiitischen Geistlichen Nimr Bāqir al-Nimr durch Saudi-Arabien, im Rahmen einer Massenhinrichtung von 47 Personen am 2. Januar 2016, hatten sich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden islamischen Ländern abrupt verschlechtert. Noch am selben Tag war die saudische Botschaft in Teheran von Protestlern gestürmt und teilweise in Brand gesetzt worden. In der Folge brach Saudi-Arabien am 3. Januar 2016 seine diplomatischen Beziehungen zu Iran ab.

Die von Bagdad vermittelten Gespräche zwischen den beiden regionalen Mächten begannen im vergangenen Jahr insgeheim in der irakischen Hauptstadt, als Saudi-Arabien nach einem Weg suchte, seinen katastrophalen Krieg gegen die von Iran unterstützte Huthi-Bewegung im Jemen gesichtswahrend zu beenden. Der Konflikt führte zu einer der schlimmsten humanitären Katastrophen der Welt. In letzter Zeit hatten die Huthis ihre Raketenangriffe auf saudische Ölanlagen intensiviert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267f69f48fbef778a6e8aca.jpg>

### 8:30 (7:30) novorosinform.org: **Ukrainische Aufklärungsdrohne am Himmel über Woronesch zerstört**

Ein kleines UAV wurde von einem Luftverteidigungssystem entdeckt und abgeschossen. In der Nähe von Woronesch zerstörte eine Luftverteidigungsbesatzung eine feindliche Aufklärungsdrohne. Dies teilte der Gouverneur der Region Woronesch Alexander Gussew mit.

„Heute Morgen hat das Luftverteidigungssystem am Himmel in der Nähe von Woronesch ein kleines Aufklärungs-UAV entdeckt und erfolgreich zerstört. Ich behalte die Situation unter persönlicher Kontrolle“, schrieb er im sozialen Netzwerk.

Es sei daran erinnert, dass die Region Woronesch an die Ukraine grenzt. Heute Nacht kam es auch in den Grenzgebieten der Regionen Kursk und Belgorod zu Zwischenfällen.

In letzterem brach nach einer Reihe von Explosionen ein Feuer in einem Munitionsdepot aus, und Luftverteidigungssysteme arbeiteten über Kursk. In den Regionen wurde aufgrund von

Provokationen aus der Ukraine eine erhöhte, die gelbe, terroristische Bedrohung ausgerufen.



[https://novorosinform.org/content/images/35/81/43581\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/35/81/43581_720x405.jpg)

8:00 de.rt.com: **US-Verteidigungsminister glaubt nicht an einen Atomkonflikt wegen der Ukraine**

Pentagon-Chef Lloyd Austin hat erklärt, er glaube nicht an die Möglichkeit eines Nuklearkonflikts im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine. Diese Aussage machte er in einem Interview mit dem Fernsehsender Fox News am Dienstag. Auf die Frage, ob er glaube, dass der Konflikt in der Ukraine zu einem Atomkrieg eskalieren könnte, antwortete er:

"Das glaube ich nicht."

"Jeder in der internationalen Gemeinschaft in unserer Mitte tut alles Notwendige, um sicherzustellen, dass das nicht passiert. Aber die Ukraine hat das Recht, sich zu verteidigen, und wir werden sie weiterhin unterstützen."

"All diese Art von Rhetorik ist nicht hilfreich. Niemand kann einen Atomkrieg gewinnen."

wpered.su: **Kommunisten aus Tores übergaben humanitäre Hilfe an Soldaten**

Vertreterinnen und Vertreter der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ und des Stadtkomitees der KP der DVR in Tores haben wieder humanitäre Hilfe an Soldaten übergeben. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Die Kommunisten brachten Medikamente, Lebensmittel, Kleidung, persönliche Hygienemittel sowie Glückwunschkarten, die Kinder des Kindergarten „Romaschka“ gebastelt hatten. Die Hilfe konnte dank nicht gleichgültigen Einwohnern von Tores und Sneschnoje gesammelt werden.

8:05 de.rt.com: **Pattsituation bei Wiener Gesprächen: Stellen sich Iran und Israel auf das Scheitern ein?**

Während der momentan festgefahrenen Atomverhandlungen in Wien versucht Israel, erneut alles daran zu setzen, um den Abschluss eines neuen Erfolges zu verhindern. Währenddessen die USA die Diskussion eines Szenarios begannen, mit dem der Deal nicht wiederbelebt wird, stellt sich Iran zunehmend auf ein mögliches Scheitern der Verhandlungen in Wien ein.

Der Nationale Sicherheitsberater der USA Jake Sullivan traf sich am Montag mit seinem israelischen Kollegen Eyal Hulata, "um eine Reihe regionaler und globaler Sicherheitsfragen zu erörtern", teilte das Weiße Haus in einer Erklärung mit. Sullivan betonte, dass die USA auf Israels Besorgnis über "Bedrohungen seiner Sicherheit" eingestellt seien, darunter in erster Linie hinsichtlich jener "Bedrohungen", die von Iran sowie von durch Teheran unterstützten Stellvertretern in der Region ausgingen.

Das Treffen zwischen den beiden Politikern folgte auf ein Telefongespräch zwischen dem US-Präsidenten Joe Biden und dem israelischen Premierminister Naftali Bennett Anfang dieser

Woche. Bennett habe mit Biden die Forderung Irans erörtert, die Iranische Revolutionsgarde (IRGC) von der Terrorliste der US-Regierung zu streichen, teilte das Büro des Premierministers mit. "Ich bin sicher, dass Präsident Biden, der ein wahrer Freund Israels ist und sich um seine Sicherheit sorgt, nicht zulassen wird, dass das IRGC von der Liste der terroristischen Organisationen entfernt wird", sagte Bennett in einer Erklärung. Israelische Beamte sollen in Washington inzwischen gesagt haben, dass die Chancen für die Wiederbelebung des Atomdeals von 2015 durch die Weltmächte stark gesunken seien. Laut israelischen [Medien](#) am Dienstag seien die Vertreter der US-Regierung näher denn je daran, eine Niederlage in Bezug auf die Rettung des Atomdeals mit Iran einzugestehen. Laut einem [Axios](#)-Bericht vom Montag hat die Biden-Administration vor Kurzem damit begonnen, "ein Szenarium zu diskutieren", in dem dieser Deal nicht wiederbelebt wird. Iran fordert bei der angestrebten Einigung über einen möglichen neuen Atomdeal vom US-Präsidenten Biden, die Entscheidung Donald Trumps rückgängig zu machen, wodurch die Iranische Revolutionsgarde im Jahr 2019 als ausländische Terrororganisation eingestuft wurde. Die USA wollen dagegen die Eliteeinheit der Iranischen Revolutionsgarde auch nach einer möglichen Wiederbelebung des Atomabkommens mit Iran weiterhin als "terroristische Organisation" einstufen. Iran soll laut iranischen Medien zudem die Angebote der USA abgelehnt haben, die Sanktionen im Gegenzug für einen Verzicht auf Rache für die Ermordung von General Soleimani aufzuheben. Das iranische Außenministerium [erklärte](#) letzte Woche, dass die Suche nach Rache für die Ermordung von Soleimani durch die USA ein "grundlegendes und definitives Prinzip" der Außenpolitik Irans sei. Mittlerweile geht Iran auch in die Offensive. Der Marinekommandeur der Iranischen Revolutionsgarde, Konteradmiral Alireza Tangsiri, [sagte](#) kürzlich in einem Interview, seine Einheiten wären bereit, auf Angriffe zu reagieren. Er sagte, die iranische Revolutionsgarde verfüge nun auch über neue fortschrittliche Drohnen und Raketen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6267b644b480cc79dc1b0393.jpg>

9:25 (8:25) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Kiew gab zu, mehr als 660 Hackerangriffe gegen Russland und Weißrussland organisiert zu haben**

Der stellvertretende ukrainische Premierminister Michail Fedorow rühmte sich damit, „die erste Cyber-Armee der Welt“ geschaffen zu haben.

Kiew organisierte über 660 Cyberangriffe auf staatliche Institutionen und Unternehmen in Russland und Weißrussland. Dies erklärte der Minister für digitale Transformation der Ukraine Michail Fedorow in einem Interview mit der spanischen Zeitung El Pais.

„Im Moment haben wir etwa 300.000 Spezialisten“, stellte er klar. „Die Teilnahme ist freiwillig und wir organisieren sie über Telegram, wo wir tägliche Aufgaben posten. Es gibt keinen persönlichen Kontakt zu Cyber-Freiwilligen.“

Erinnern Sie sich daran, dass russische Hacker Anfang März mehr als 755 Internetseiten

infolge eines Cyberangriffs auf die ukrainische Infrastruktur gehackt hatten. Auf allen Seiten wurden Videobotschaften russischer Soldaten an die Streitkräfte der Ukraine und Zivilisten der Ukraine mit der Bitte veröffentlicht, den Widerstand und die Unterstützung ukrainischer Radikaler einzustellen.

Etwas früher wurden die Websites ukrainischer Banken, der Werchowna Rada, des Außenministeriums und der Regierung gehackt.



[https://novorosinform.org/content/images/35/85/43585\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/35/85/43585_720x405.jpg)

#### 8:53 de.rt.com: **Gazprom stoppt offiziell Gaslieferungen nach Bulgarien und Polen**

Der russische Energiekonzern Gazprom hat angekündigt, die Gaslieferungen nach Bulgarien und Polen einzustellen. Der Grund sei die Weigerung beider Länder, die Zahlungen in Rubel zu leisten.

Gazprom, Russlands wichtigster Erdgaslieferant, hat am Mittwoch einen vollständigen Stopp der Gasexporte nach Bulgarien und Polen angekündigt, nachdem sich die beiden Länder geweigert hatten, die Zahlungen in Rubel zu leisten. Laut einer Erklärung des Unternehmens werden die Lieferungen erst dann wieder aufgenommen, wenn Sofia und Warschau die neuen Bedingungen erfüllen.

Der russische Energieriese warnte, falls Bulgarien und Polen anfangen sollten, russisches Transitgas, das für andere Länder bestimmt ist, abzuzapfen, werde er seine Lieferungen um die Menge reduzieren, die Sofia und Warschau rechtswidrig zurückgehalten haben.

Im vergangenen Monat hatte der russische Präsident Wladimir Putin [gefordert](#), dass "unfreundliche" Länder russisches Gas in Rubel bezahlen. Dazu müssten sie Konten bei der Gazprombank eröffnen und Zahlungen in Euro oder Dollar leisten, die dann in Rubel umgerechnet würden. Putin hatte davor gewarnt, dass die betroffenen Staaten bei Nichteinhaltung der Währungsumstellung Gefahr laufen, russische Gaslieferungen zu verlieren.

Als "unfreundliche" Staaten wurden seitens Moskaus jene Länder [eingestuft](#), die im Zusammenhang mit der laufenden Militäroperation der russischen Streitkräfte in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt oder sich diesen angeschlossen hatten. Die Liste umfasst etwa die USA, Kanada, alle EU-Länder, das Vereinigte Königreich, die Ukraine, Montenegro, die Schweiz und Albanien.

Polen hatte sich [geweigert](#), diesem Verfahren zu folgen, und am Dienstag Sanktionen gegen Gazprom verhängt, das 48 Prozent der Anteile an dem polnischen Unternehmen besitzt, das Miteigentümer der Jamal-Europa-Gaspipeline ist. Die mehr als 4.000 Kilometer lange Leitung transportiert Gas von der Jamal-Halbinsel in Sibirien durch weitere Teile Russlands über Belarus, Polen bis nach Deutschland.

Der derzeitige Zehn-Jahres-Vertrag Bulgariens mit Gazprom sollte zwar Ende dieses Jahres

auslaufen, aber in der Erklärung des Ministeriums hieß es, das staatliche bulgarische Energieunternehmen Bulgargaz würde den Vertrag nicht beenden, falls man für die Gaslieferungen in russischer Währung zahlen müsste, da dies "erhebliche Risiken für Bulgarien mit sich bringt". Das EU-Mitgliedsland bezieht rund 90 Prozent seines Gases aus Russland, der Rest kommt aus Aserbaidschan.

Letzten Monat erklärte ein Sprecher von Bulgargaz gegenüber Reportern, dass Aserbaidschan ab diesem Sommer die gesamte Versorgung des Landes übernehmen werde, wenn auch zu einem höheren Preis. Darüber hinaus plant die bulgarische Regierung den Anschluss des Landes an ein noch nicht fertiggestelltes Flüssigerdgas-Terminal in Griechenland, von wo aus das LNG per Schiff, wahrscheinlich aus den USA, importiert werden soll.

Mehrere russische Gasabnehmer in anderen Ländern haben jedoch signalisiert, dass sie in der Lage sein könnten, den Forderungen Moskaus nach Rubel-Zahlungen nachzukommen. Am Montag erklärte Uniper, Deutschlands größter Importeur von russischem Gas, dass es möglich sei, für künftige Lieferungen zu zahlen, ohne gegen die westlichen Sanktionen zu verstoßen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6268f20248fbef35a570364b.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 27.4.22 um 10:30 Uhr**  
**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 200 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten, 8 wurden verletzt**. 30 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weitere Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 64 ukrainische Nationalisten, 12 Feuerpunkte, ein 122mm-Artillerieschütz 2S1 „Gwosdika“, einen Schützenpanzer und 2 Schützenpanzerwagen vernichtet. Ein Schützenpanzer, ein Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

9:45 de.rt.com: **Nach einem Monat Unterbrechung: Baumarkt-Kette Obi öffnet wieder in Russland**

Die Baumarkt-Kette Obi nimmt in Russland ihre Geschäftstätigkeit wieder auf. So hat am Mittwoch um 8 Uhr Lokalzeit das erste Geschäft in einem Moskauer Einkaufszentrum wiedereröffnet. Bis Mitte Mai sollen alle Filialen russlandweit ihren Betrieb wieder aufnehmen.

Wie die Agentur Interfax berichtet, werden auch die Webseite und die mobile App ebenfalls ihre Arbeit wieder aufnehmen. Der Zeitpunkt der Einführung des Online-Shops wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Die Baumarkt-Kette hatte im März ihre Geschäftstätigkeit in Russland eingestellt. Wegen des Krieges in der Ukraine gebe es keine andere Möglichkeit, teilte das Unternehmen damals mit. Obi hat in Russland nach eigenen Angaben 27 Baumärkte in 14 Städten und 4.900 Mitarbeiter. Die Firma gehört zur Tengelmann-Gruppe.

Im April wurde bekannt, dass sich Obi aus dem Russlandgeschäft zurückzieht. Später berichtete die Zeitung Kommersant, dass die kasachische Holding Asadel, die die Marke OBI in Kasachstan aufbaut, zur neuen Eigentümerin russischer Obi-Märkte werden könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6268e22448fbef047b05ce0e.jpg>

#### 10:05 de.rt.com: **Politiker von CDU, FDP und Grünen fordern Sanktionen gegen Schröder**

Wegen seiner russlandfreundlichen Haltung fordern Politiker von FDP, Grünen und CDU Sanktionen gegen Altkanzler Gerhard Schröder. "Er gehört so rasch wie möglich auf die Sanktionsliste der Putin-Profiteure", sagte das FDP-Präsidiumsmitglied Moritz Körner dem Handelsblatt. Schröder sei heute wichtigster Mann des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Deutschland. Körner wörtlich:

"Er gehört nicht mehr zu Crème de la Crème der deutschen Innenpolitik, sondern zur Crème de la Kreml."

CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter plädierte ebenfalls für Sanktionen: "Dass sich Schröder immer noch nicht von Putin und Russland distanziert, zeigt nur, wie tief er in dessen Diensten steht", sagte der Bundestagsabgeordnete dem Handelsblatt.

Auch der Europa-Abgeordnete der Grünen Reinhard Bütikofer forderte, Sanktionen gegen Schröder zu prüfen. Außerdem solle Schröder die Amtsausstattung als ehemaliger Bundeskanzler entzogen werden und er aus der SPD ausgeschlossen werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6268dd3748fbef09ec4511c8.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 27.04.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

17 Mann;

2 Schützenpanzerwagen;

3 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 42**

**Geschosse** mit Artilleriegeschützen des Kalibers 122mm sowie Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ auf Perwomajsk und Irmino **abgefeuert**.

Informationen über Zerstörungen und Verletzte werden noch ermittelt.

Um die Feueraktivität auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der BFU, von denen aus das Feuer erfolgte, von Einheiten der Volksmiliz der LVR operativ ermittelt und vernichtet**.

Pioniere des internationalen Minenräumungszentrums der Streitkräfte der RF haben mehr als 150 explosive Objekte in den Uferbereichen von Staniza-Luganskaja entschärft.

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

10:12 de.rt.com: **China warnt vor einer Farbrevolution in Kasachstan**

Peking hat erklärt, dass es eine ausländische Intervention in Kasachstan ablehne. Chinas Verteidigungsminister warnte vor "Farbrevolutionen", die unter dem Deckmantel von Protesten angezettelt werden. Er versprach, Nur-Sultan beim "Schutz der nationalen Sicherheit" zu unterstützen.

Nach einem Treffen mit dem kasachischen Präsidenten Qassym-Schomart Toqajew am Montag in Nur-Sultan hob der chinesische Verteidigungsminister Wei Fenghe die "glänzenden Zukunftsaussichten" der bilateralen Beziehungen hervor und sprach auch die Bedrohung durch ausländische Einmischung an. Das chinesische Verteidigungsministerium zitierte den Minister:

"China wendet sich entschieden gegen externe Kräfte, die in Kasachstan absichtlich eine Farbrevolution anzetteln, und unterstützt Kasachstan dabei, wirksame Maßnahmen zum Schutz der nationalen Sicherheit und der sozialen Stabilität zu ergreifen."

"Wir müssen wachsam sein, wenn sich einige Großmächte in Zentralasien einmischen und die Sicherheit Zentralasiens stören."

Wei ging zwar nicht näher darauf ein, doch seine Äußerungen erfolgten etwa drei Monate nach dem Ausbruch von Massenprotesten in Kasachstan, die zunächst durch eine Erhöhung der Kraftstoffpreise ausgelöst worden waren. Die Kundgebungen wurden im Januar im Laufe mehrerer Tage gewaltsam aufgelöst, wobei bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften mindestens 225 Menschen getötet und Tausende weitere verletzt oder verhaftet wurden. Auf die Unruhen folgte ein Einsatz von Friedenstruppen der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS). Die Truppen wurde auf Ersuchen Toqajews nach Kasachstan entsandt und trugen schließlich dazu bei, die Gewalt im Land zu beenden. Als Reaktion auf die Beschwerden der Demonstranten entließ die Regierung mehrere Spitzenbeamte und versprach eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Reformen, darunter die Wiedereinführung der früheren Preiskontrollen von Treibstoff. Der kasachische Staatschef behauptete, dass Zehntausende von "im Ausland ausgebildeten Terroristen und Banditen" hinter den Unruhen steckten und einen Staatsstreich im Namen eines anderen Staates anstrebten. Beweise für diese Behauptung legte er jedoch nicht vor. Chinas Außenminister Wang Li erklärte damals, die Proteste würden von den "drei bösen Kräften" Extremismus, Terrorismus und Separatismus angetrieben, und bot die Unterstützung durch chinesische Sicherheitskräfte an. Obwohl Kasachstan der von China geführten Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit angehört und sich das Recht vorbehält, die Mitgliedsstaaten um Sicherheitsunterstützung zu bitten, hat es dies während der Unruhen im Januar nicht getan.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6268f5fcb480cc01dd1ce22c.jpg>

11:30 (10:30) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Russische Streitkräfte zerstörten in Saporoschje eine große Ladung ausländischer Waffen**

Russische Marschflugkörper "Kalibr" trafen Munitionsdepots auf dem Territorium des Aluminiumwerks Saporoschje, teilte das russische Verteidigungsministerium mit.

Hochpräzise Marschflugkörper "Kalibr" zerstörten in Saporoschje Hangars mit einer großen Ladung Waffen aus den USA und der EU. Dies teilte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums Igor Konaschenkow mit.

Er fügte hinzu, dass allein in der letzten Nacht 59 Objekte der Streitkräfte der Ukraine getroffen wurden. Insbesondere 50 Sammelbereiche mit Soldaten und militärischer Ausrüstung sowie vier Waffendepots.

Darüber hinaus wurden ein Buk-M1-Raketensystem in der Nähe von Slawjansk zerstört und mehr als 120-Kämpfer sowie 35-Panzerfahrzeuge und -Fahrzeuge vernichtet.



[https://novorosinform.org/content/images/35/96/43596\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/35/96/43596_720x405.jpg)

11:52 (10:52) novorosinform.org: **Die russische Luftverteidigung hat 18 ukrainische Drohnen und eine "Totschka-U" abgeschossen - Verteidigungsministerium**

Generalmajor Igor Konaschenkow, Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, berichtete, russische Luftverteidigungssysteme hätten über Nacht 18 ukrainische Drohnen abgeschossen, darunter zwei Bayraktars.

Der Sprecher der Behörde sprach darüber während des morgendlichen Briefings des russischen Verteidigungsministeriums, teilt [RIA Novosti](#) mit.

Nach Angaben des Generalmajors wurden unbemannte Luftfahrzeuge in der Nähe der Siedlungen Alexandrowka, Balakleja, Brjanka, Saporoschje, Isjum, Kapitolowka, Peremoga, Petrowka, Popasnoje, Proletarskoje und Trudoljubowka abgeschossen. Unter den abgestürzten ukrainischen UAVs befanden sich zwei Bayraktar-TB2-Drohnen.

Konaschenkow sagte auch, dass russische Luftverteidigungskräfte eine ukrainische taktische Rakete „Totschka-U“ abgeschossen hätten, die sich über der Siedlung Iljitschewsk bewegte.



[https://novorosinform.org/content/images/35/97/43597\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/35/97/43597_720x405.jpg)

10:54 de.rt.com: **Medienbericht: Taiwan will bei Militärübungen Erfahrungen der Ukraine berücksichtigen**

Die taiwanesischen Armee will laut Medienberichten die Erfahrungen der Ukraine berücksichtigen, die sie im Laufe der russischen Militäroperation gemacht hat. Analysten weisen darauf hin, dass sich das osteuropäische Land geographisch deutlich von der Insel im Pazifik unterscheidet.

Taiwans Streitkräfte studieren die Militärtaktiken in der Ukraine und werden diese bei den bevorstehenden Militärübungen berücksichtigen, um für den Fall eines Angriffs chinesischer Truppen gewappnet zu sein. Dies [berichtete](#) die Zeitung Taipei Times am Mittwoch.

Das jährliche Manöver mit dem Codenamen Han Kuang wird auf der Insel in zwei Phasen abgehalten. Im Mai wird eine Stabsrahmenübung mit Computersimulationen möglicher militärischer Zusammenstöße mit Einheiten der chinesischen Volksbefreiungsarmee stattfinden. Im Juli findet eine fünftägige Übung statt, bei der Truppen aller Teilstreitkräfte scharfe Munition verwenden.

Taiwans Verteidigungsministerium hatte zuvor eine spezielle Arbeitsgruppe zur Untersuchung der militärischen Taktik in der Ukraine eingesetzt. Gleichzeitig tauscht die taiwanische Seite mit ihren US-amerikanischen Kollegen Ansichten und Analysen über die Situation in dieser Frage aus.

Analysten weisen darauf hin, dass sich die geographischen Besonderheiten Taiwans erheblich von denen der Ukraine unterscheiden. Die Insel ist überwiegend gebirgig und durch eine 180 Kilometer lange Meerenge vom chinesischen Festland getrennt, was die Landung von Truppen sehr schwierig macht.

Chen Mintung, der Chef des taiwanischen Geheimdienstes, ist der Ansicht, dass Festlandchina in den nächsten drei Jahren wohl kaum einen Militäreinsatz zur Übernahme Taiwans wagen werde. Seiner Ansicht nach hätten die Entwicklungen in der Ukraine und das Ausmaß der antirussischen Sanktionen es den chinesischen Behörden ermöglicht, "eine Lektion für sich selbst zu lernen" und in der Taiwan-Frage eine vorsichtigeren Haltung einzunehmen.

Seit dem Jahr 1949 steht Taiwan unter einer eigenen Verwaltung, nachdem sich die verbliebenen Anhänger der Kuomintang nach ihrer Niederlage im chinesischen Bürgerkrieg unter der Führung von Chiang Kai-shek auf die Insel zurückgezogen hatten. Seitdem trägt die Insel die Flagge und einige weitere Attribute der ehemaligen Republik China, die vor der Machtübernahme der Kommunisten auf dem Festland bestand. Die Volksrepublik China betrachtet Taiwan als integralen Bestandteil ihres Territoriums und strebt eine Wiedervereinigung an, wobei sie die Möglichkeit nicht ausschließt, mit militärischer Gewalt gegen Separatisten auf der Insel vorzugehen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6268d6ebb480cc021158992a.jpg>

12:04 (11:04) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **Aus der LDVR und der Ukraine evakuierte Schüler und Studenten setzen ihre Ausbildung in der Russischen Föderation fort**

Die russische Ombudsfrau für Menschenrechte, Tatjana Moskalkowa, sagte, dass alle Studenten, die in die Russische Föderation kamen, die Möglichkeit hätten, ihre Ausbildung an russischen Schulen und Universitäten fortzusetzen.

Aus der DVR, der LVR und der Ukraine evakuierte Kinder und Jugendliche erhielten alles Notwendige für den Bildungsprozess, teilte die Ombudsfrau Tatjana Moskalkowa gegenüber TASS mit.

Sie stellte auch fest, dass fast alle Kinder, die in Russland angekommen sind, bereits den

Kindergarten besuchten. Darüber hinaus würden in einer Reihe von vorübergehenden Unterbringungszentren Kindergruppen direkt auf dem Territorium der befreiten Gebiete organisiert.

Moskalkowa fügte hinzu, dass die Aussagen von Vertretern der ukrainischen Seite, dass Flüchtlinge, die das Territorium anderer Staaten betreten haben, aufgrund der Sprachbarriere Schwierigkeiten hätten, nicht wahr seien. Sie betonte, dass es in Russland kein solches Problem gebe und jeder, der in Schulen, Kindergärten und Universitäten eingeschrieben sein wolle, dies könne.

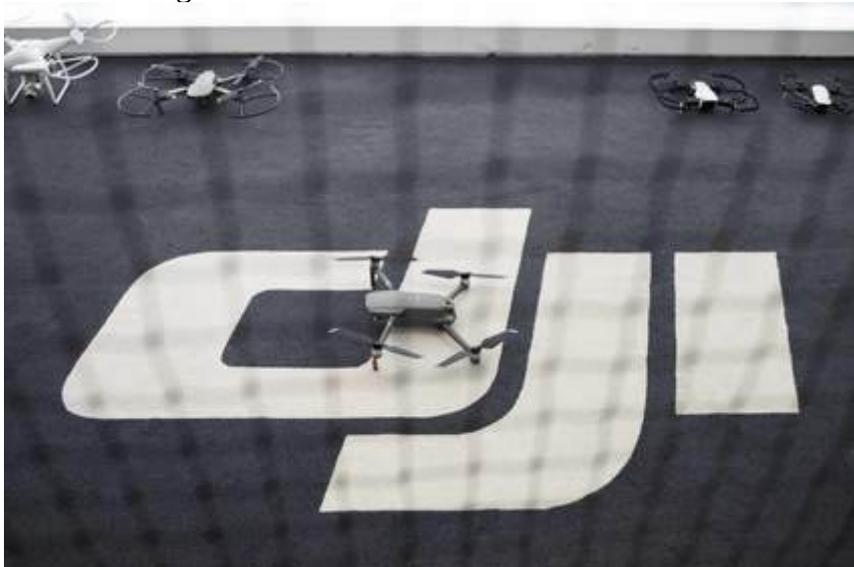


[https://novorosinform.org/content/images/35/99/43599\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/35/99/43599_720x405.jpg)

### 11:20 de.rt.com: "Damit niemand unsere Drohnen zum Kampf einsetzt": Größter Drohnenproduzent der Welt setzt Geschäfte mit Ukraine und Russland aus

Der weltweit größte Drohnenproduzent DJI Technology stellt seine Geschäfte in Russland und der Ukraine angesichts der fortlaufenden Kampfhandlungen zwischen den beiden Ländern vorläufig ein. "DJI verurteilt jegliche Verwendung unserer Drohnen, um Schaden anzurichten, und wir setzen den Verkauf in diesen Ländern temporär aus, damit niemand unsere Drohnen im Kampf einsetzt", erklärte ein Konzernsprecher der Nachrichtenagentur Reuters.

Dies sei "keine Aussage über ein Land, sondern eine Aussage über unsere Prinzipien". Somit ist DJI das erste große chinesische Unternehmen, das seine Verkäufe vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges sowohl nach Russland als auch an die Ukraine einstellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6269012f48fbef09ec4511e7.jpg>

11:40 de.rt.com: **Medienbericht: Österreich akzeptiert Russlands Bedingungen für Gaszahlungen in Rubel - Bundeskanzler dementiert**

Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer sagte am Mittwoch zu Journalisten, dass die Alpenrepublik bereit sei, der Forderung Russlands nachzugehen und die Gaslieferungen in Rubel zu bezahlen. Darüber berichtete am Mittwoch die russische Nachrichtenagentur TASS. Demnach habe die österreichische Seite, vertreten durch den OMV-Konzern, die Zahlungsbedingungen akzeptiert, indem sie ein entsprechendes Konto bei einer russischen Bank eröffne, so Nehammer.

Wenig später dementierte Nehammer die Berichte. "Die OMV bezahlt Gaslieferungen aus Russland selbstverständlich weiterhin in Euro", schrieb er auf Twitter. Österreich halte sich an die gemeinsam beschlossenen EU-Sanktionen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6268eff448fbef35a5703649.jpg>

12:49 (11:49) novorosinform.org: **Kirienko übernahm im Kreml die Leitung der Beziehungen zur DVR und LVR**

Zuvor befasste sich Dmitrij Kosak mit Fragen der Interaktion zwischen Russland und den Republiken.

Sergej Kirienko, erster stellvertretender Leiter der Präsidentialverwaltung der Russischen Föderation, der für die Arbeit des innenpolitischen Blocks des Kremls verantwortlich ist, wurde zum Kurator für Regierungsbeziehungen mit den Volksrepubliken Donezk und Lugansk ernannt. [RBK](#) berichtet darüber unter Berufung auf eigene Quellen im Kreml. Einer von ihnen zufolge weise diese Ernennung auf ein besonderes Verfahren für die Interaktion mit der LDVR und die Schaffung eines einheitlichen internen politischen Raums hin. Wenn es um die längerfristige Strategie geht, so scheint die Möglichkeit, das Szenario eines Beitritts der Republiken zu Russland in Betracht zu ziehen, nicht ausgeschlossen. Es sei daran erinnert, dass zuvor Kirienko und seine Kollegen aus der Abteilung für Innenpolitik des Präsidentialamtes die Zone der Sonderoperation im Donbass besuchten. Schon damals äußerten sich viele Experten zu der vorgezeichneten Frage des Beitritts von DVR und LVR.



[https://novorosinform.org/content/images/36/04/43604\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/04/43604_720x405.jpg)

**nachmittags:**

12:00 de.rt.com: **Anhänger ukrainischer Nationalisten in Belgorod festgenommen – Sabotagepläne vorgeworfen**

Russische Spezialdienste haben in Belgorod zwei Russen festgenommen, die Sabotageakte an einer Bahnstrecke vorbereitet haben sollen. Dies teilte das Pressezentrum des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB mit. Die Festgenommenen seien "Anhänger des ukrainischen Nationalsozialismus", hieß es weiter.

Die Verdächtigen sind geständig und ein Strafverfahren wegen "Vorbereitung von Sabotage" bereits eingeleitet. In einem vom FSB veröffentlichten Video geben die Festgenommenen zu, dass sie vorhatten, Eisenbahnlinien in der Region Belgorod zu beschädigen, auf denen Züge mit militärischer Ausrüstung fahren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626903e4b480cc227005eaea.jpg>

12:06 de.rt.com: **Syrien: Bei israelischem Raketenangriff nahe Damaskus vier Soldaten getötet**

Mindestens vier Soldaten der Syrischen Arabischen Armee (SAA) wurden bei einem israelischen Angriff auf einen Vorort von Damaskus getötet, drei weitere wurden verletzt. Die syrische Luftverteidigung soll die meisten der israelischen Raketen abgefangen haben. Die syrische Luftverteidigung kam am frühen Mittwoch zum Einsatz, als Israel erneut Angriffe auf einen Vorort der Hauptstadt Damaskus flog. Das syrische Verteidigungsministerium berichtet, dass vier syrische Soldaten bei dem Angriff getötet und

drei weitere verletzt worden seien. Der Nachrichtenagentur SANA zufolge sollen die Raketen aus der nordisraelischen Stadt Tiberias abgefeuert worden sein.

Syrische Medien zitierten einen nicht namentlich genannten syrischen Militär mit der Meldung, dass von Nordisrael aus Boden-Boden-Raketen auf Militärstützpunkte in der Nähe von Damaskus abgefeuert wurden. Der Beamte erklärte, die meisten der israelischen Raketen seien abgewehrt worden und die syrische Armee untersuche nun das Ausmaß der Schäden.

Die Angriffe erfolgten wenige Stunden nach der Verlautbarung des israelischen Militärs, eine israelische Drohne sei am Dienstag auf der syrischen Seite der Grenze abgestürzt. Israel meldete dazu, dass eine Untersuchung des Falls eingeleitet wurde.

Die Angriffe sollen laut der in Großbritannien ansässigen selbsternannten "Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte" auf Stellungen der syrischen Armee sowie der vom Iran unterstützten Milizen gezielt haben. Der libanesische Sender Al-Mayadeen berichtete, dass Standorte in der Nähe von Qudsaya und Jamraya nordwestlich von Damaskus sowie in der Nähe des Militärflughafens Mezzeh Ziele der Angriffe waren.

Die Jerusalem Post behauptet, dass ein Flugzeug der iranischen Fluggesellschaft "Qeshm Air" am Dienstag nach Damaskus geflogen wäre, um Waffen an die Verbündeten Irans in Syrien und im Libanon zu schmuggeln.

Israel führte bereits Mitte April einen Raketenangriff auf syrische Militärstellungen am Stadtrand von Damaskus durch. Diese israelischen Raketen waren Berichten zufolge aus Richtung der israelisch besetzten Golanhöhen abgefeuert worden. Am 14. Februar kam es in der Nähe von Damaskus zu einem ähnlichen israelischen Angriff, bei dem drei syrische Soldaten getötet wurden. Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach der Darstellung der israelischen Armee hauptsächlich darauf gerichtet, den Ausbau des angeblichen "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62691f2348fbef080e68e99a.jpg>

### 12:20 de.rt.com: **Von der Leyen zu Gas-Stopp in Polen und Bulgarien: Ein weiterer Versuch Russlands, "uns zu erpressen"**

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen sieht in dem Gas-Lieferstopp für Polen und Bulgarien einen Versuch Russlands, "uns mit Gas zu erpressen". Das erklärte sie am Mittwochmorgen auf Twitter.

In einem beigefügten Statement ergänzte sie, dass die Entscheidung des russischen Konzerns Gazprom "ungerechtfertigt und inakzeptabel" sei. Allerdings habe sich die EU bereits auf ein solches Szenario vorbereitet, so von der Leyen. "Wir arbeiten daran, alternative Lieferungen und die bestmöglichen Lagerbestände in der EU sicherzustellen", erklärte die EU-Kommissionschefin. Demnach hätten die einzelnen EU-Mitgliedstaaten bereits Notfallpläne erstellt.

Angesichts der neuesten Entwicklungen findet von der Leyen zufolge zur Stunde eine Notfallsitzung der "Koordinierungsgruppe Erdgas" statt:  
"Wir legen unsere koordinierte EU-Reaktion fest."

### 12:35 de.rt.com: **Russische Gebiete im Fadenkreuz: Brand bei Belgorod, abgeschossene Drohnen in Kursk und Woronesch**

Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges kommt es auf dem russischen Grenzgebiet zur Ukraine immer wieder zu Zwischenfällen. Betroffen ist in erster Linie das Gebiet Belgorod. Aber auch die Gebiete Woronesch und Kursk können sich nicht völlig in Sicherheit wiegen.

In der Nacht zum 27. April ist es in gleich drei russischen Grenzgebieten zur Ukraine zu Vorfällen im Zusammenhang mit der sogenannten Sonderoperation Russlands gekommen. Gegen 1:45 MESZ wurden mehrere Einwohner der Stadt Kursk durch Explosionen geweckt. Gouverneur Roman Starowoit teilte mit, in der Stadtumgebung sei die Flugabwehr zum Einsatz gekommen. Hierbei sei eine ukrainische Drohne abgefangen worden. Es gebe weder Opfer noch Schäden. Das Militär und die lokalen Behörden kontrollierten die Situation vor Ort. Es gebe keinen Grund zur Sorge.

Das war nicht der erste militärische Zwischenfall im Gebiet Kursk. Erst am 25. April waren dort zwei ukrainische Drohnen abgeschossen worden. Darüber hinaus wurden von der Ukraine aus mehrmals Grenzübergänge und Stellungen des russischen Grenzschutzes beschossen. Seit dem 24. Februar wurde von mindestens fünf solcher Zwischenfälle berichtet. Mindestens zwei Explosionen waren in der Nacht zum Mittwoch auch im Himmel über [Woronesch](#) zu hören. Der Zwischenfall ereignete sich laut Medienberichten in der Nähe des Militärflughafens Baltimor, etwa 300 Kilometer von der russisch-ukrainischen Grenze entfernt. Gouverneur Alexander Gussew gab bekannt, dass die Flugabwehr im Himmel über Woronesch eine Aufklärungsdrohne entdeckt und zerstört habe. Es gebe keine Gefahr für Leben und Gesundheit der Bevölkerung.

Am 11. April hatte die regionale Regierung in zwei Bezirken des Gebiets die Terrorwarnstufe auf Gelb angehoben. Zwei Wochen später wurde die erhöhte Bereitschaft um weitere zwei Wochen verlängert. Erst am 25. April fing die Flugabwehr im Gebiet zwei ukrainische Drohnen ab. Es gab weder Opfer noch Schäden.

Im Gebiet [Belgorod](#) kam es in der Nacht zu einem Brand in einem Munitionslager. Der Zwischenfall ereignete sich nahe des Dorfes Staraja Nelidowka. Die Flammen wurden am Morgen gelöscht. Gouverneur Wjatscheslaw Gladkow teile mit, dadurch seien keine Wohnhäuser zu Schaden gekommen. Es gebe keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Die genaue Brandursache stand zunächst nicht fest. Im Internet tauchte jedoch ein [Video](#) auf, auf dem angeblich eine Explosion im Himmel zu sehen war. Der Zwischenfall habe sich demnach gegen 2:35 Uhr MESZ ereignet. Es habe sich um einen Einsatz der Flugabwehr gehandelt.

Am Mittwochmorgen berichtete der russische Inlandsgeheimdienst FSB von der Festnahme zweiter Terrorverdächtiger in Belgorod. Die beiden russischen Bürger sollen Sabotage im öffentlichen Verkehr geplant und Informationen über Teilnehmer der sogenannten Militäroperation Russlands in der Ukraine an die Leitung des berüchtigten ukrainischen Prangerportals [Mirotworez](#) weitergegeben haben.

Seit dem Beginn der sogenannten Sonderoperation Russlands in der Ukraine am 24. Februar wurde das Gebiet Belgorod mehr als zehnmals vom Nachbarland aus beschossen. Hierbei kam ein Mensch ums Leben. Es gab auch mehrere Verletzte. Mehr als 300 Gebäude wurden beschädigt. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums griffen zwei ukrainische Mi-8-Hubschrauber am 1. April das Erdöldepot Belgorodnefteprodukt an. Dadurch entstand ein schwerer Brand. Die Ukraine wollte den Angriff weder bestätigen noch dementieren. Am 11. April hob die Regionalregierung die Terrorwarnstufe auf Gelb an.

In Bezug auf die Zwischenfälle in der Nacht zum Mittwoch schrieb der Berater des

ukrainischen Präsidenten und Teilnehmer der russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen Michail Podoljak auf Telegram:

"Die Gebiete Belgorod, Woronesch und Kursk erfahren jetzt auch aktiv den Begriff 'Demilitarisierung'."

Das Karma sei ein grausames Ding, fügte er hinzu. Dabei wollte Podoljak eine Beteiligung ukrainischer Streitkräfte an den Vorfällen weder bestätigen noch dementieren. Die Ursachen für die Zerstörung der russischen Militärinfrastruktur in diesen Gebieten könnten äußerst unterschiedlich sein – bis hin zu einer göttlichen Einmischung in die Angelegenheiten der Sündiger.

Inzwischen erklärte der für die Streitkräfte zuständige Unterstaatssekretär James Heapey in einem Interview für den Sender BBC, dass die britische Regierung die ukrainischen Angriffe mit westlichen Waffen auf das russische Staatsgebiet für rechtmäßig halte, da Russland Logistikketten in der Ukraine angreife. Hauptsache sei, dass die Zivilbevölkerung dadurch nicht zu Schaden komme.

Die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa antwortete auf Heapeys Erklärung auf Telegram mit einer scharfen Frage:

"Verstehen wir es richtig, dass Russland militärische Ziele auf dem Territorium jener NATO-Staaten, die das Kiewer Regime mit Waffen beliefern, angreifen darf, um die Logistik von Militärlieferungen zu stören?"

Die sogenannte Sonderoperation Russlands in der Ukraine hatte am 24. Februar begonnen. Russlands Präsident Wladimir Putin erklärte in einer Videoansprache, das Ziel der Operation sei es, die Menschen im Donbass zu schützen, die seit acht Jahren einem Völkermord seitens des Kiewer Regimes ausgesetzt seien. Später erklärte das russische Verteidigungsministerium, die Hauptaufgabe der Operation bestehe darin, den Donbass zu befreien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626911ad48fbef3c9933b1d8.jpg>

13:50 (12:50) novorosinform: **Russland verhängt Sanktionen gegen 287 britische Abgeordnete**

Das russische Außenministerium kündigte an, als Reaktion auf Sanktionen gegen Abgeordnete der Staatsduma der Russischen Föderation 287 Mitgliedern des Unterhauses des britischen Parlaments persönliche Beschränkungen aufzuerlegen.

Wie in der Abteilung festgestellt wurde, fielen diejenigen Parlamentarier, die am aktivsten bei der Einrichtung von „antirussischen Sanktionsinstrumenten in London“ waren, unter russische Sanktionen, informiert TASS.

„Als Reaktion auf die Entscheidung der britischen Regierung vom 11. März 2022, 386 Abgeordnete der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation auf der Grundlage der Gegenseitigkeit in die Sanktionsliste aufzunehmen, werden gegen 287 Personenbeschränkungen eingeführt Mitglieder des Unterhauses des britischen Parlaments“,

sagte die Agentur in einer Erklärung.

Es wird mitgeteilt, dass die Liste auch die Sprecherin des Unterhauses des britischen Parlaments, Lindsey Harvey Hoyle, enthalte.

Alle, die unter restriktive Maßnahmen fielen, könnten nun nicht mehr in das Territorium Russlands einreisen, fügte das russische Außenministerium hinzu.



[https://novorosinform.org/content/images/36/08/43608\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/08/43608_720x405.jpg)

#### 12:50 de.rt.com: **Russisches Außenministerium: Russland und China verfügen über Infrastruktur für Handel in nationalen Währungen**

Moskau und Peking haben die gesamte Infrastruktur für den Übergang zum Handel in nationalen Währungen aufgebaut. Dies teilte der stellvertretende russische Außenminister Igor Morgulow mit. Die jüngsten Ereignisse hätten deutlich gezeigt, dass die nationalen Währungen die zuverlässigste und sicherste Zahlungsform seien, so Morgulow weiter: "Wir haben mit China die notwendige Infrastruktur in diesem Bereich aufgebaut: Russland verfügt über eine zugelassene Bank für das Clearing des Yuan, das Rubel-Yuan-Paar wird an der Moskauer Börse gehandelt, und zwischen den Zentralbanken wurde ein Währungsswap-Abkommen geschlossen."

Morgulow wies darauf hin, dass der Anteil der nationalen Währungen am chinesisch-russischen Handel in den letzten Jahren beträchtlich gestiegen sei und in der ersten Hälfte des Jahres 2021 rund 25 Prozent erreicht habe. Das Außenministerium hoffe auf einen raschen Anstieg dieses Indikators in naher Zukunft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62690e16b480cc62a3521cda.jpg>

#### 14:02 (13:02) **novorosinform.org: Der bulgarische Präsident hat sich kategorisch gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen**

Gleichzeitig traf eine bulgarische Delegation unter der Leitung des Ministerpräsidenten in

Kiew ein, um neue Waffenlieferungen zu besprechen.

Der bulgarische Präsident sprach sich gegen Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine aus. Seine Worte, die während eines Gesprächs mit Reportern gesprochen wurden, werden von TASS zitiert.

„Es gibt ein kategorisches Nein zur Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine. Dies würde einen Schritt zur Einbindung Bulgariens in diesen Konflikt bedeuten“, sagte der bulgarische Staatschef.

Mit Bedauern stellte er fest, dass Friedensrufe immer mehr verhallen und stattdessen militante Rhetorik immer mehr an Boden gewinne.

Unterdessen traf eine Delegation der bulgarischen Regierung unter der Leitung von Premierminister Petkow in Kiew ein, um über Militärhilfe für die Ukraine zu entscheiden. Zuvor hatte der Regierungschef zugegeben, dass es im Land in dieser Frage keine gesellschaftliche und politische Einigkeit gebe.



[https://novorosinform.org/content/images/36/10/43610\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/10/43610_720x405.jpg)

13:05 de.rt.com: **BASF stellt Geschäfte in Russland und Weißrussland ein**

Der Chemieriese BASF hat angekündigt, seine Geschäfte in Russland und Weißrussland angesichts des Krieges in der Ukraine einzustellen. Der Rückzug aus den beiden Ländern solle demnach schrittweise erfolgen und bis Anfang Juni abgeschlossen sein, teilte der Konzern am Mittwoch mit.

Eine Ausnahme bilde allerdings das Geschäft zur Unterstützung der Nahrungsmittelproduktion, "da der Krieg eine weltweite Nahrungsmittelkrise auszulösen droht", heißt es in dem Statement. Bereits Anfang März hatte BASF mitgeteilt, dass der Konzern vorerst keine neuen Geschäfte mit den beiden Ländern abschließe.

BASF beschäftigt in Russland und Weißrussland eigenen Angaben zufolge 684 Mitarbeiter. Diese werde der Konzern bis Ende des Jahres weiter unterstützen, so das Unternehmen. Derzeit erarbeite BASF Pläne zur geordneten Einstellung der Aktivitäten in beiden Ländern.

14:17 (13:17) novorosinform.org: **Zehn „unfreundliche“ EU-Importeure eröffnen Sonderkonten bei der Gazprombank – Bloomberg**

So kündigten sie ihre Absicht an, die russischen Gaslieferungen nach einem neuen System zu bezahlen - mit Umrechnung in Rubel, schreibt die Agentur.

Laut Bloomberg hat fast die Hälfte der europäischen Käufer Sonderkonten bei der russischen Gazprombank eröffnet, um aus Russland geliefertes Gas in Rubel zu bezahlen.

Die Liste der unfreundlichen Importeure in der EU umfasst 21 Länder, 10 Länder haben ein Konto eröffnet. Laut den Autoren der Veröffentlichung haben vier europäische Käufer bereits russische Gaslieferungen in Rubel bezahlt, und die nächsten Zahlungen werden nach dem 15. Mai erfolgen.

Wir erinnern daran, dass "Gazprom" ab heute die Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien eingestellt hat, da diese Länder kategorisch nicht bereit sind, den neuen Bedingungen zu folgen.

Ungarn und Österreich erklärten sich bereit, den Forderungen Moskaus nachzukommen, den gelieferten Treibstoff in Rubel zu bezahlen.



[https://novorosinform.org/content/images/36/12/43612\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/12/43612_720x405.jpg)

13:35 de.rt.com: **Ukrainischer Botschafter: Kiew verzichtet auf "Gepard", wenn nicht auch Munition geliefert wird**

Kaum ist die Lieferung von "Gepard"-Flugabwehrpanzern aus Deutschland an die Ukraine beschlossen, beschwert sich der ukrainische Botschafter Andrij Melnyk im Nachrichtenportal ntv über die in Aussicht gestellte militärische Unterstützung. Die Ukraine werde auf die Panzer verzichten, wenn nicht auch geeignete Munition mitgeliefert werde. Der Sender zitiert ihn mit folgender Aussage:

"Sollte die Munition in den nächsten Tagen vom deutschen Verteidigungsministerium nicht besorgt werden, würde die Ukraine auf dieses Angebot Deutschlands wohl verzichten müssen."

Der Botschafter behauptete, sein Land habe zu Beginn des Krieges diese Panzer von Deutschland erbeten, hätte aber erfahren müssen, dass passende Munition in ausreichender Menge fehle. An dieser Lage habe sich nichts geändert.

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, heißt es weiter in der Meldung, wolle bei denjenigen Ländern anfragen, die den "Gepard" noch in der Bewaffnung haben, inwieweit sie ihre Munition zur Verfügung abtreten könnten. Dabei soll es sich um Jordanien, Brasilien und Katar handeln.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6269142148fbef3c9933b1e1.jpg>

14:20 de.rt.com: **Ukrainischer Präsidentenberater droht mit Besetzung Transnistriens, falls Moldawien darum bitten sollte**

Laut einer Meldung von RIA Nowosti sei die Ukraine bereit, Transnistrien zu erobern, so Alexei Arestowitsch, der Berater des ukrainischen Präsidenten, in einem Interview auf dem YouTube-Kanal von Mark Fejgin (der in Russland als ausländischer Agent gilt). Auf die Frage, ob die Ukraine in der Lage sei, die Region zu besetzen, sagte Arestowitsch:

"Ja, wir würden es irgendwie schaffen, aber das ist das Gebiet der souveränen Republik Moldau, und zwar erst, nachdem die moldawische Seite Einspruch erhoben hat. Wir werden es schaffen, wenn es sein muss."

In den letzten Tagen wurden in der nicht anerkannten moldawischen Republik Transnistrien mehrere Terroranschläge verübt. So wurde beispielsweise mit einem Granatwerfer das Gebäude des Ministeriums für Staatssicherheit in Tiraspol beschossen, im Dorf Majak wurden Funkantennen in die Luft gesprengt, und im Dorf Parcani waren Explosionen zu hören.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62692013b480cc617f31052d.jpg>

14:35 de.rt.com: **Nach Lieferstopp für Polen und Bulgarien: Gaspreise steigen um 20 Prozent**

Wie bereits zuvor angekündigt, hat der russische Staatskonzern Gazprom seine Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien vorerst eingestellt. Der Schritt sei erfolgt, weil die beiden EU-Staaten ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen seien, teilte der Konzern am Mittwoch mit.

Als Reaktion auf die Meldung stieg der Gaspreis an den Weltmärkten sofort an. An der niederländischen TTF-Börse kletterte er auf 118 Euro je Megawattstunde (MWh) – eine Steigerung um rund 20 Prozent im Vergleich zum Vortag.

Grund für die erneut drastische Preissteigerung an den Märkten ist die dortige Furcht vor einer Energiekrise, die am Morgen erneut auch Auswirkungen auf den Ölpreis hatte – allerdings nur moderat. Demnach stieg der Preis für die Nordseesorte Brent um etwas über ein Prozent auf 106,33 US-Dollar je Barrel.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/626923c348fbef390e59dc31.jpg>

15:44 (14:44) novorosinform.org: **Patruschew sprach über die Rolle der Vereinigten Staaten bei der Unterstützung von Neonazis**

Der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation stellte fest, dass der Westen im Gegensatz zu Russland, das an einem schnellen Abschluss der Sonderoperation interessiert ist, entschlossen ist, sie bis zum letzten Ukrainer auszudehnen.

Der Zweck der Entnazifizierung bestehe darin, den Stützpunkt des Neonazismus zu zerstören, der durch die Bemühungen des Westens in der Nähe der Grenzen Russlands geschaffen wurde. Nikolai Patruschew, Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation, erklärte dies in einem Interview mit Rossiyskaya Gazeta.

Er betonte, dass die Sonderoperatin Ziele habe, von deren Erreichung Millionen von Menschenleben und die Rettung der Bevölkerung der Republiken Donbass vor dem Völkermord abhängen. Gleichzeitig pumpe der Westen weiterhin Waffen in die Ukraine und unterstützt ukrainische Neonazis.

Der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation äußerte ebenfalls die Meinung, dass Europa vor einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise stehe.

„Ich bin nicht sicher, ob Europa die Krise überleben wird. Politische Institutionen, supranationale Vereinigungen, Wirtschaft, Kultur, Traditionen können der Vergangenheit angehören“, sagte Patruschew.

Er fügte hinzu, während Europa sich in die Ellbogen beißen werde, würden die USA von ihrer größten Angst befreit werden – der politischen und wirtschaftlichen Union von Russland und der EU.



[https://novorosinform.org/content/images/36/19/43619\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/19/43619_720x405.jpg)

14:50 de.rt.com: **Russland plant Austritt aus UN-Welttourismusorganisation**

Die Welttourismusorganisation (UNWTO) hat bestätigt, dass Russland seine Absicht bekundete, aus der Organisation auszutreten. In einer Erklärung auf Twitter teilte sie mit: "Russland hat seine Absicht angekündigt, sich aus der UNWTO zurückzuziehen. Das entsprechende Verfahren muss eingehalten werden und wird ein Jahr in Anspruch nehmen. Aber die Aussetzung ist ab sofort wirksam!"

Die UNWTO teilte außerdem mit, dass die außerordentliche Sitzung der Generalversammlung der Organisation am Mittwoch in Madrid die Aussetzung der Mitgliedschaft Russlands in der UNWTO im Zusammenhang mit der Sonderoperation in der Ukraine prüfen werde. Die Entscheidung, die Sitzung abzuhalten, wurde Anfang März getroffen, nachdem Kolumbien, Guatemala, Litauen, Polen, Slowenien und die Ukraine die Organisation gebeten hatten, die Mitgliedschaft Russlands auszusetzen.

16:07 (15:07) [novorosinform.org](https://novorosinform.org): **8 russische Schiffe mit Besatzungen werden in der Ukraine festgehalten - Ombudsfrau der Russischen Föderation**

Tatjana Moskalkowa, Kommissarin für Menschenrechte in der Russischen Föderation, sagte, dass 72 russische Zivilseeleute auf einer Werft in Ismail in der Region Odessa in der Ukraine festgehalten würden, [berichtet](#) RIA Novosti.

„In der Ukraine, in der Stadt Ismail, werden 8 russische Schiffe mit einer Besatzung von 72 Personen festgehalten“, sagte Moskalkowa.

Sie fügte hinzu, dass derzeit Verhandlungen mit der ukrainischen Seite geführt würden und eine ständige Kommunikation mit den Angehörigen der Besatzungsmitglieder aufrechterhalten werde.

Zuvor sagte Moskalkowa, dass die Matrosen von Vertretern der Streitkräfte der Ukraine festgehalten würden. Insbesondere sei es Matrosen des Zivilschiffs „Asow Concorde“ der Firma „Albros“ und des Motorschiffs „Omskij 6“ verboten, das Territorium der Werft zu verlassen.



[https://novorosinform.org/content/images/36/21/43621\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/21/43621_720x405.jpg)

15:18 de.rt.com: **Kroatien droht NATO-Mitgliedschaft Schwedens und Finnlands zu blockieren**

Der kroatische Präsident Zoran Milanović zeigt sich gespalten, was die Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO betrifft. Grundsätzlich begrüße er einen solchen Beitritt. Doch bevor Kroatien zustimme, müsse noch ein anderes Problem geregelt werden, so der Politiker.

Der Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO sei eine "sehr gefährliche Scharlatanerie" und komme einer Provokation gegen Russland gleich, sagte der kroatische Präsident Zoran

Milanović am Dienstag. Zagreb werde sich weigern, den Beitritt zu ratifizieren, solange die USA und die EU nicht Druck auf das benachbarte Bosnien-Herzegowina ausübten, um den ethnischen Kroaten ihr grundlegendes Wahlrecht zu garantieren, so der Politiker weiter. "Was mich betrifft, können sie der NATO beitreten. Sie können dem tollwütigen Bären mit einem Stift ins Auge stechen", sagte Milanović am Dienstag vor Reportern in Zagreb. Und er fügte hinzu:

"Solange aber die Frage des Wahlrechts in Bosnien-Herzegowina nicht gelöst ist, solange die Amerikaner, die Engländer, die Deutschen – wenn sie es können und wollen – Sarajevo und Bakir Izetbegović nicht zwingen, das Wahlrecht in den nächsten sechs Monaten zu aktualisieren und den Kroaten ihre elementaren Rechte zu gewähren, darf der Sabor [das kroatische Parlament, Anm. d. Red] für niemanden die Aufnahme in die NATO ratifizieren." Die NATO könne keine neuen Mitglieder ohne die Zustimmung der derzeitigen Mitgliedsländer aufnehmen, betonte der kroatische Präsident. Und er fügte hinzu, dass er die Rolle Kroatiens in diesem Moment als "eine historische Silberkugel" (auf Englisch: Silver Bullet) betrachte. Als "Silver Bullet" bezeichnet man gemeinhin eine einfache und scheinbar magische Lösung für ein kompliziertes Problem.

"Der US-Präsident oder der Außenminister sollen das jetzt hören. Mal sehen, was sie für Kroatien tun können. Ich habe genug davon, dass sie ein NATO- und EU-Mitglied ignorieren und vernachlässigen und Kroatien ins Abseits stellen", sagte Milanović. Die USA und ihre westeuropäischen Verbündeten müssten, wenn sie die beiden skandinavischen Länder in der NATO haben wollten, "auf Kroatien hören." Und weiter:

"Wir verlangen nicht von Finnland oder Schweden, ihren Namen in Ikea zu ändern, wir wollen den Amerikanern nur sagen, dass diese Dinge gelöst werden müssen."

Kroatiens größtes Problem ist das derzeitige Wahlsystem im benachbarten Bosnien-Herzegowina. Dort ist die ethnische Gemeinschaft der Kroaten gemäß der Verfassung von 1995, die den Bürgerkrieg beendete, als gleichberechtigt anerkannt. Zagreb besteht indes auf einer Änderung des Wahlgesetzes, damit die Kroaten in Bosnien ihre eigenen Vertreter wählen können. Im Gegensatz dazu ist es derzeitige Praxis, dass sie von der viel größeren Gemeinschaft der bosnischen Muslime, auch Bosniaken genannt, gewählt werden.

Neben der Lage in Bosnien zählte Milanović aber noch einige weitere Kritikpunkte Zagrebs auf: die Weigerung der EU, Bulgarien und Rumänien in das Schengener Grenzübergangsabkommen aufzunehmen, die fehlende Anerkennung der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo und die mangelnden Fortschritte bei den EU-Gesprächen mit Albanien und Nordmazedonien. Letzteres hatte kürzlich sogar seinen Namen geändert, um die Einwände Griechenlands gegen einen EU-Beitritt auszuräumen, allerdings ohne Erfolg. Das traditionell neutrale Schweden und Finnland haben in den letzten Wochen unter Berufung auf den Russland-Ukraine-Konflikt einen NATO-Beitritt angestrebt. Kroatien wurde 2009 Mitglied der NATO und trat 2013 der EU bei, in einer Zeit als Milanović Premierminister war. Der sozialdemokratische Politiker ist seit Oktober 2020 der Präsident des Landes. Indes ist nicht klar, ob seine Drohung, ein Veto gegen die NATO-Erweiterung einzulegen, in der Praxis funktionieren könnte. Denn die nationalistische HDZ-Partei hat in Kroatien die parlamentarische Mehrheit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62691d5648fbef35a570369c.jpg>

15:20 de.rt.com: **EU will russische Gasbezüge durch für Zahlung in Rubel bereite Länder vorübergehend erhöhen**

Die Europäische Union soll ihre vorübergehenden Käufe von russischem Gas über Staaten, die bereit sind, in Rubel zu zahlen, erheblich steigern, um die Aussetzung der Lieferungen an Polen und Bulgarien zu kompensieren. Dies wurde der russischen Nachrichtenagentur TASS von einer Quelle in den EU-Institutionen in Brüssel berichtet. Weiter hieß es:

"Die EU arbeitet außerdem mit allen Partnern zusammen, um eine verstärkte Versorgung mit Gas, insbesondere mit Flüssigerdgas (LNG), sicherzustellen."

Langfristig bekräftigen die EU-Länder ihre Absicht, die Gaslieferungen aus Russland so schnell wie möglich – in den kommenden Monaten oder Jahren – zu minimieren oder ganz einzustellen und durch andere Quellen zu ersetzen, hieß es weiter. Die EU wird den Übergang zu grüner Energie beschleunigen, so der Gesprächspartner von TASS.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62692a8448fbef35a57036b6.jpg>

15:50 de.rt.com: **Gegenreaktion: Russland verhängt persönliche Sanktionen gegen 287 britische Abgeordnete**

Russland hat persönliche Sanktionen gegen 287 Mitglieder des britischen Unterhauses verhängt. Dies teilte das Außenministerium mit und veröffentlichte eine Liste mit Namen. In der Erklärung heißt es:

"Die genannten Personen, denen fortan die Einreise in die Russische Föderation untersagt ist, waren aktiv an der Ausarbeitung der antirussischen Sanktionsinstrumente Londons beteiligt und tragen zum grundlosen Aufbau einer russophoben Hysterie im Vereinigten Königreich

bei."

Die Maßnahme sei eine Reaktion darauf, dass London 386 Abgeordnete der Staatsduma auf die schwarze Liste des Vereinigten Königreichs gesetzt habe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6269343748fbef5b4007303e.jpg>

16:15 de.rt.com: **Kreml: "Lieferstopp nach Polen und Bulgarien ist keine Erpressung"**

Moskau stimmt der EU-Kommissionspräsidentin nicht zu, wonach die Einstellung der Gaslieferungen nach Polen und Bulgarien ein Erpressungsversuch sei, so Kremlsprecher Peskow. Die geforderten Zahlungsmodalitäten seien eine Folge beispielloser unfreundlicher Maßnahmen.

Russland ist und bleibt ein zuverlässiger Lieferant von Energieressourcen, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch. Die jüngste Forderung, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, sei keine Erpressung, sondern eine Notwendigkeit:

"Diese Notwendigkeit wurde durch die Tatsache diktiert, dass sie eine ziemlich beträchtliche Menge unserer Reserven blockiert oder, auf Russisch gesagt, gestohlen haben. All dies erforderte einen Übergang zu einem neuen Zahlungssystem. Von Erpressung kann da keine Rede sein. Diese neuen Zahlungsmodalitäten wurden den Kunden vorab zur Kenntnis gebracht."

Zuvor hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Lieferstopp nach Polen und Bulgarien als einen "Versuch Russlands, Gas als Erpressungsinstrument einzusetzen" bezeichnet. Gleichzeitig sagte sie, auf dieses Szenario vorbereitet gewesen zu sein. Auch EU-Ratspräsident Charles Michel schrieb auf Twitter: "Gazproms Entscheidung, Lieferungen an einige EU-Mitgliedstaaten zu stoppen, ist ein weiterer aggressiver, unilateraler Schritt von Russland".

Dabei betonte Peskow, dass sich für die Kunden im Prinzip nichts geändert habe. "Der Präsident hat wiederholt gesagt, dass sich für unsere Kunden de facto nichts ändert. Die einzige neue Bedingung ist die Anforderung, zwei Konten zu eröffnen, aber von zusätzlichen Schwierigkeiten und Verlusten kann da keine Rede sein".

Wladimir Putin hatte im März gefordert, dass westliche Staaten Konten bei der Gazprombank eröffnen müssen, um die Gaslieferungen zu bezahlen. Nach einem von ihm unterzeichneten Dekret können die Zahlungen weiter in Euro oder Dollar auf das russische Konto eingezahlt werden. Die Gazprombank konvertiert das Geld dann in Rubel und überweist den Betrag an Gazprom.

Auf die Frage, ob Russland zu finanziellen Einbußen bereit sei, falls weitere EU-Staaten sich weigern, russisches Gas in Rubel zu bezahlen, sagte der Kremlsprecher: "Alles ist kalkuliert, alle Risiken vorhergesagt, alle notwendigen Maßnahmen getroffen."

Falls weitere Länder Zahlungen in Rubel ablehnen, werde das Dekret des Präsidenten

umgesetzt und Gazprom werde die Lieferungen an diese Verbraucher einstellen, resümierte Peskow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626925acb480cc612a69257b.jpg>

#### 16:44 de.rt.com: **Gefangenenaustausch zwischen Russland und USA: Konstantin Jaroschenko gegen Trevor Reed**

Am Mittwoch haben Russland und die USA einen Gefangenenaustausch vollzogen. Der seit dem Jahr 2011 in den USA inhaftierte russische Staatsbürger und Pilot Konstantin Jaroschenko kehrt nach Russland zurück. Im Gegenzug wird der seit dem Jahr 2020 inhaftierte US-Student Trevor Reed in die USA ausgewiesen.

Russland und die USA haben am 27. April einen Gefangenenaustausch durchgeführt. Der US-Student Trevor Reed wurde gegen den russischen Piloten Konstantin Jaroschenko ausgetauscht. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärte diesbezüglich in ihrem Telegram-Kanal:

"Als Ergebnis eines langwierigen Verhandlungsprozesses erfolgte am 27. April 2022 ein Austausch des zuvor in der Russischen Föderation verurteilten US-Staatsbürgers Trevor Rowdy Reed gegen den russischen Staatsbürger Konstantin Jaroschenko, der im Jahr 2010 von einem amerikanischen Gericht zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt worden war." Nach Angaben der russischen Zeitung Kommersant fand der Gefangenenaustausch in der Türkei statt.

Trevor Reed war am 16. August 2019 festgenommen worden, nachdem er auf einer Moskauer Straße betrunken in einen lautstarken Streit mit einigen Frauen geraten war. Der damals 28-Jährige widersetzte sich seiner Festnahme und griff nach Angaben der Ermittler die Beamten im Polizeiauto an.

Am 30. Juli 2020 verurteilte ein Moskauer Bezirksgericht Reed wegen Gewaltanwendung gegen Amtsträger zu einer neunjährigen Haftstrafe und einer Entschädigung in Höhe von 100.000 Rubel (nach gegenwärtigem Kurs knapp 1.300 Euro) zu Gunsten der betroffenen Polizisten. Am 28. Juni 2021 bestätigte das Moskauer Stadtgericht das Urteil. Reed bestritt seine Schuld mit Verweis auf seine Trunkenheit zum Zeitpunkt des Vorfalls und bezeichnete das Verfahren gegen ihn als fabriziert.

Der russische Pilot Konstantin Jaroschenko war im Jahr 2010 in Liberia verhaftet und von dort in die USA deportiert worden. Die US-amerikanische Drogenbekämpfungsbehörde DEA warf ihm vor, eine Großlieferung von Kokain vorbereitet zu haben. Im September 2011 verurteilte ein US-Gericht Jaroschenko zu 20 Jahren Haft. Der Pilot bestritt seine Schuld und warf den amerikanischen Behörden Anwendung von Folter vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62694e9e48fbef080e68ea0d.jpg>

### 16:50 de.rt.com: **Fehlende Munition für deutsche "Gepard"-Panzer: Brasilien will 300.000 Schuss liefern**

Die Ukraine hatte die Ankündigung Deutschlands, 50 "Gepard"-Flugabwehrpanzer an das osteuropäische Land zu liefern, zwar begrüßt, zeitgleich aber kritisiert, dass in dem Paket keine für die Nutzung der Kettenfahrzeuge benötigte Munition enthalten sei. Ohne diese wären die Flugabwehrpanzer nutzlos, klagte der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, am Mittwoch.

Nun scheint das Problem jedoch gelöst. Wie der Business Insider unter Berufung auf Regierungskreise berichtet, plant Brasilien, der Ukraine rund 300.000 Schuss Munition zu verkaufen. Demnach sei der Deal auf Bestrebungen des ukrainischen Verteidigungsministeriums zurückzuführen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62693b7048fbef09ec45126e.jpg>

### 17:23 de.rt.com: **Washington: USA würden eine neutrale Ukraine akzeptieren**

Die USA würden es akzeptieren, falls sich die Ukraine für blockfrei und neutral erklärt. Das erklärte Außenminister Blinken am Dienstag. Die USA würden die Ukraine nur aufrüsten, um ihre Position am Verhandlungstisch zu stärken. Die endgültige Entscheidung liege bei Kiew. Die Krise in der Ukraine, die der US-Außenminister Antony Blinken am Wochenende zusammen mit US-Verteidigungsminister Lloyd Austin besuchte, dominierte am Dienstag die Anhörung vor dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats zum Haushalt des Außenministeriums für 2023.

An einer Stelle äußerte Senator Rand Paul seine Besorgnis darüber, dass die Ukraine "von der Hälfte der Mitglieder des US-Senats, die sie in der NATO haben wollen, gedrängt und getrieben" werde. Andernfalls hätte sie vielleicht einer Neutralität zugestimmt, wie Moskau es verlangt, so Paul.

Auf die Frage von Paul, ob die USA akzeptieren würden, dass die Ukraine ein neutraler Staat und nicht Mitglied der NATO werde, deutete Blinken an, dass dies durchaus möglich sei. Er fügte hinzu:

"Wir werden nicht ukrainischer sein als die Ukrainer. Diese Entscheidungen müssen sie selbst treffen."

Der Zweck der derzeitigen US-Militärhilfe für die Ukraine bestehe darin, Kiew in die Lage zu versetzen, "die russische Aggression abzuwehren und seine Position am Verhandlungstisch zu stärken", fügte Blinken hinzu.

Die USA hätten "bisher keine Anzeichen" dafür gesehen, dass der russische Präsident Wladimir Putin "ernsthaft verhandeln" wolle, behauptete Blinken und hob hervor:

"Wenn er es tut und wenn die Ukrainer sich darauf einlassen, werden wir sie unterstützen."

Moskau ist der Überzeugung, dass die USA und Großbritannien Kiew mit Unterstützungsversprechen dazu gedrängt haben, die Verhandlungen mit Russland abzubrechen. Das teilte der russische Außenminister Sergei Lawrow am Montag in einem Fernsehinterview mit. Er sagte auch, dass der Versuch, direkt mit den USA und der NATO zu verhandeln, zu keinem Ergebnis geführt habe, da sie sich die russischen Bedenken anhörten und gleich ignorierten und "ziemlich unhöflich" deutlich machten, dass Moskau nicht über seine eigene Sicherheit zu entscheiden habe.

Falls der Westen die Ukraine weiterhin "mit Waffen vollpumpt", seien die Chancen für einen Erfolg der Friedensgespräche gering, erklärte Lawrow.

Am Dienstag behauptete Blinken, die USA hätten die Sicherheitsbedenken Russlands "sehr ernst genommen und versucht, mit Moskau ins Gespräch zu kommen". Der US-Außenminister bestritt, dass Gespräche über einen NATO-Beitritt Kiews irgendeine Rolle bei der Eskalation der Feindseligkeiten in der Ukraine gespielt haben könnten.

Während Blinken mit dem Senat sprach, hielt sich US-Verteidigungsminister Lloyd Austin in Deutschland auf, um die US-Verbündeten dazu zu bewegen, mehr Waffen an die Ukraine zu liefern. In einem Gespräch mit Reportern sagte Austin, er könne sich einen NATO-Beitritt des Landes vorstellen:

"Ich glaube, dass die Ukraine in der Zukunft, wenn die Möglichkeit besteht, erneut einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO stellen wird, aber das ist im Moment wahrscheinlich nur Spekulation."

Außerdem erklärte der Pentagon-Chef, die USA wollten, dass der Ukraine-Konflikt Russland derart schwäche, dass es nicht in einen Nachbarstaat einmarschieren könne. Seiner Einschätzung zufolge habe Russland "bereits viele militärische Fähigkeiten und Truppen verloren" und die USA wollen, "dass es nicht die Möglichkeit hat, diese Fähigkeiten sehr schnell wieder aufzubauen".

Russische Truppen wurden Ende Februar im Rahmen einer militärischen Sonderoperation zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine sowie zum Schutz der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der nationalen Sicherheitsinteressen Russlands in das russische Nachbarland entsandt. Kiew hat Moskau eine unprovokierte Offensive vorgeworfen.

Die EU, die USA und andere Länder haben mit beispiellosen Sanktionen reagiert, die sich gegen die russische Wirtschaft und mehrere ausgewählte hochrangige Beamte richten. Die militärische Sonderoperation Russlands wurde von der Vollversammlung der Vereinten Nationen mehrheitlich verurteilt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6269285148fbef5b40073025.jpg>

### Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 27. April 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Spezialisten haben in Slatoustowka und Priwolnoje Basistationen in Betrieb genommen. In Ursuf und in Belosarajskaja Kossa wurde die Klimakontrolle an der Basisstation wiederhergestellt.

An der Eisenbahnstrecke Wolnowacha-Chlebodarowka wurden 2 km Oberleitung wiederhergestellt. Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der DVR haben 1343 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Zahlungen entgegengenommen. Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. 853 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

**Rettungskräfte** haben auf den befreiten Territorien etwa 5 Hektar Gelände und 3000 Quadratmeter verschiedene Gebäude untersucht, 203 explosive Objekte wurden entdeckt. In Mariupol wurden 14.695 humanitäre Pakete ausgegeben.

Nach Chlebodarowka wurden 24 Flaschen Flüssiggas geliefert, nach Kremenewka 36. Nach Mariupol wurden 54 Tonnen Wasser und 4,5 Tonnen Brot geliefert und die Verteilung organisiert.

In Mariupol und Wolnowacha wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:

- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).

Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:35 de.rt.com: **Baerbock: Können Eskalation des Ukraine-Krieges nicht komplett ausschließen**

Trotz der Warnungen vor einer atomaren Eskalation verteidigt Außenministerin Annalena Baerbock weiterhin die Entscheidung der Bundesregierung, der Ukraine nun doch schwere Waffen zu liefern. Welche weiteren Schritte Russland in dem Krieg noch gehen werde, liege allein im Ermessen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, entgegnete die Grünen-Politikerin am Mittwoch im Bundestag auf die Frage, welche Rolle bei der Entscheidung die reale Gefahr eines Atomkrieges gespielt habe. "Deswegen können wir auch nichts komplett ausschließen", ergänzte sie.

Dennoch würde es sich bei der Entscheidung um den richtigen Schritt handeln, meinte Baerbock weiter, weil man sonst der Ukraine hätte sagen müssen: "Kämpft ihr alleine. Und das wollen wir nicht tun. Wir stehen in Solidarität an der Seite der Ukraine."

Nach Ansicht der Außenministerin sei es Putins Ziel, "andere Länder in Verunsicherung zu bringen, andere Länder zu spalten". Daher sei es "wichtig und richtig, immer wieder abzuwägen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62694a12b480cc612a6925c1.jpg>

17:50 de.rt.com: **Russland weist drei norwegische Diplomaten aus**

Die russische Seite weist drei Diplomaten der norwegischen Botschaft aus, wie die Informations- und Presseabteilung des russischen Außenministeriums in einer Erklärung mitteilte. Der Botschafter des Königreichs Norwegen Rune Resaland wurde am 27. April in das russische Außenministerium einbestellt:

"Ihm wurde wegen der ungerechtfertigten Entscheidung der norwegischen Behörden, die Mitarbeiter der russischen Botschaft in Norwegen auszuweisen, nachdrücklich eine Protesterklärung überreicht sowie wegen der militärischen Unterstützung des Kiewer Regimes durch die norwegischen Behörden und der Vertuschung der Verbrechen ukrainischer Nationalisten gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass und der Ukraine durch Oslo." Dem Botschafter wurde eine Note überreicht, in der drei Diplomaten der norwegischen Botschaft in Moskau auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu Personae non gratae erklärt wurden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/626953d648fbef04b238d1ec.jpg>

### 17:51 de.rt.com: **EU-Kommission eröffnet Rechtsverfahren gegen Ungarn**

Die EU-Kommission kündigt den formalen Beginn eines Rechtsverfahrens gegen Ungarn an. Der Grund ist ein Verdacht auf Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien. Im Falle einer Entscheidung zuungunsten Ungarns droht dem Land eine Kürzung von EU-Hilfsgeldern. Wegen möglicher Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien in Ungarn hat die Brüsseler EU-Kommission nun offiziell ein Verfahren zur Kürzung von EU-Mitteln gegen das Land ausgelöst. Man werde das entsprechende Schreiben am Mittwoch nach Budapest schicken, schrieb EU-Kommissionsvize Věra Jourová auf Twitter. Kommissionschefin Ursula von der Leyen hatte den Schritt schon Anfang des Monats angekündigt.

Bis Ungarn tatsächlich Geld aus dem EU-Haushalt gekürzt wird, wird es allerdings noch dauern. Dafür bräuchte es am Ende auch die Zustimmung von mindestens 15 EU-Staaten mit mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung.

Der sogenannte EU-Rechtsstaatsmechanismus ist seit Anfang 2021 in Kraft. Er soll dafür sorgen, dass Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien wie die Gewaltenteilung nicht mehr ungestraft bleiben. Entscheidend dabei ist jedoch, dass durch die Verstöße ein Missbrauch von EU-Geldern droht. Polen und Ungarn sehen sich besonders im Fokus des Instruments und hatten dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt. Dieser wies die Klagen im Februar jedoch ab. Beide Staaten bekommen jährlich Milliarden aus dem Gemeinschaftsbudget.

Zunächst einmal kann Budapest nun Stellung zu den Vorwürfen beziehen und gegebenenfalls Abhilfemaßnahmen vorschlagen. Die EU-Kommission berücksichtigt dies dann bei der Entscheidung darüber, ob sie den EU-Staaten tatsächlich vorschlagen wird, Ungarn EU-Mittel zu kürzen. (dpa)



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62695a17b480cc1e6165f42b.jpg>

**abends:**

dan-news.info: **In der DVR werden in drei Einrichtungen ukrainische Kriegsgefangene, also ehemalige Soldaten der Ukraine, festgehalten**, teilte der Justizminister der DVR Jurij Sirowatko mit. Insgesamt handelt es sich bisher um 2600 Personen.

Ein großer Teil der Gefangenen sei aus Mariupol eingetroffen, aber auch aus Wolnowacha, Wolodarskoje, Mangusch und Rosowka in der Oblast Saporoshe. „Ich kann versichern, dass niemand sie schlägt, misshandelt, verstümmelt“, unterstrich der Minister. „Alle ernähren und kleiden wir, rund um die Uhr ist eine Krankenwagen in Betrieb, wenn notwendig leisten wir medizinische Behandlung für Schwerverletzte, weisen sie in ein Krankenhaus ein.“

Nach den Worten des Ministers arbeiten mit den Gefangenen Ermittlungsorgane, die ihre Beteiligung an Kriegsverbrechen überprüfen. Eine Reihe solcher Fälle wurde bereits festgestellt. „Falls Ermittler der Staatsanwaltschaft ein Verfahren aufnehmen und die Beteiligung an Kriegsverbrechen beweisen, ist er (der Gefangene) bereits ein Verbrecher und wird nicht in einer Einrichtung für Kriegsgefangene festgehalten, bei uns werden Verurteilte, Untersuchungshäftlinge oder Strafgefangene nicht gemeinsam mit Kriegsgefangenen untergebracht. Das ist eine gesonderte Kategorie. Wenn wir ein Anklage vorbringen, handelt es sich schon um einen Verdächtigen. Sie werden in unseren Untersuchungsgefängnissen untergebracht“, sagte der Minister.

18:05 de.rt.com: **Putin sichert blitzschnelle Reaktion im Falle von Eingriff in Ukraine zu**  
Wenn sich jemand von außen in die Situation in der Ukraine einmischen wolle und eine Bedrohung strategischer Natur darstelle, werde Russland blitzschnell reagieren. Davor warnte der russische Präsident Wladimir Putin am Mittwoch:

"Wenn irgendjemand, ich betone es noch einmal, wenn irgendjemand beabsichtigt, sich von außen in das laufende Geschehen einzumischen und eine Bedrohung von inakzeptabler strategischer Natur für Russland zu schaffen, sollte er wissen, dass unsere Gegenschläge blitzschnell und zügig erfolgen werden."

Putin betonte, dass Russland über alle Instrumente verfüge, die es für solche Zwecke benötige, und dass es sich dabei nicht um Prahlerei handle, sondern dass alle diesbezüglichen Entscheidungen bereits getroffen worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62695f1b48fbef390e59dcb9.jpg>

**Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 27.4.22**

**Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern abgefeuert.**

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 6 Wohnhäuser und 4 Infrastrukturobjekte beschädigt. Die Materialien zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

**Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.**

Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 27 ukrainische Nationalisten, ein Feuerposition für 120mm-Mörser, 2 Lastwagen und einen Feldartillerielager vernichtet. Ein 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen wurden erbeutet.

**Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden zwei Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 14 verletzt wurden.**

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

**19:34 (18:34) novorosinform.org: Kiew forderte die Landwirte der Region Cherson auf, auf Feldarbeit zu verzichten**

Die Ukraine sei auch nicht in der Lage, die Region Cherson mit Treibstoff zu versorgen, sagte der Leiter der sogenannten "Chersoner regionalen Militärverwaltung", Gennadi Laguta.

Die ukrainische Regierung hat den Landwirten in der Region Cherson empfohlen, in diesem Frühjahr keine Feldarbeiten durchzuführen, da die Region Cherson jetzt eine „Zone riskanter Landwirtschaft“ sei, sagte Gennadi Laguta. Seine Worte werden vom Telegram-Kanal khersonmasternews.com.ua unter Bezugnahme auf Radio Liberty zitiert.

„Ich kann sagen, dass die Bauern gebeten wurden, dieses Jahr auf Feldarbeit im Frühjahr zu verzichten“, sagte Laguta.

Er fügte hinzu, dass die Ukraine derzeit keinen Treibstoff mehr in die Region Cherson liefern könne. Trotzdem würden Landwirte, die ihre eigenen Vorräte an Kraftstoff und Schmiermitteln hatten, weiterarbeiten, sagte der Beamte.

Kiew habe auch nicht die Möglichkeit, die Region Cherson legal mit Wasser zu versorgen und Herbizide zu liefern, stellte Laguta fest.



[https://novorosinform.org/content/images/36/39/43639\\_720x405.jpg](https://novorosinform.org/content/images/36/39/43639_720x405.jpg)

18:36 de-rt.com: **USA sichern Taiwan alle notwendige Unterstützung gegen China zu**  
Die US-Regierung werde sicherherstellen, dass Taiwan einem Angriff Chinas standhalten kann, so der US-Außenminister bei einer Senatsanhörung. Dabei unterstütze man nicht nur die örtliche Rüstungsindustrie, sondern auch asymmetrische Abschreckungsfähigkeiten der Insel.

Washington unternehme alles in seiner Macht Stehende, um sicherzustellen, dass Taiwan jedem potenziellen Angriff standhalten kann, indem es die einheimische Rüstungsindustrie unterstützt und der Insel hilft, ihre asymmetrischen Abschreckungsfähigkeiten zu verbessern. Das verkündete US-Außenminister Antony Blinken am Dienstag in einer Anhörung vor dem Ausschuss für auswärtige Beziehungen des US-Senats. Er erklärte:

"Wenn es um Taiwan selbst geht, sind wir entschlossen, dafür zu sorgen, dass es über alle notwendigen Mittel verfügt, um sich gegen jede potenzielle Aggression zu verteidigen, einschließlich einseitiger Aktionen Chinas, die den seit vielen Jahrzehnten bestehenden Status quo stören könnten."

Blinken wies darauf hin, dass die USA seit 2017 Waffenverkäufe im Wert von fast 20 Milliarden US-Dollar und direkte Handelsverkäufe im Gesamtwert von 2,5 Milliarden US-Dollar an Taiwan getätigt oder ermöglicht haben. Er fügte hinzu:

"Wir haben den Transport von Drittstaaten nach Taiwan beschleunigt."

"Wir haben die einheimische Verteidigungsindustrie unterstützt. Und wir konzentrieren uns darauf, sie dabei zu unterstützen, ihre asymmetrischen Fähigkeiten als Mittel der Abschreckung zu stärken."

Asymmetrische Kriegführung wird meist von einer unterlegenen Kriegspartei in einem Konflikt eingesetzt und sieht unter anderem guerillaartiges Vorgehen der Truppen vor.

### **China und die Halbleiter**

Senator Bob Menendez, der Vorsitzende des Ausschusses, warnte, dass China im Falle einer Übernahme Taiwans den Weltmarkt für hochwertige Halbleiter in den Würgegriff nehmen würde. Er schätze, dass Taiwan 90 Prozent aller High-End-Halbleiter auf der Welt produziere. Menendez hob hervor:

"Wenn es China tatsächlich gelänge, Taiwan zu überwältigen und einzunehmen und damit die Kontrolle über 90 Prozent der weltweiten Halbleiterproduktion zu erlangen, wäre das für die Welt eine Katastrophe."

Er fügte hinzu, dass eine unterlassene Hilfeleistung für Taiwan eine Botschaft an die Alliierten und potenziellen Verbündeten der USA in der Region senden würde, die besagen würde:

"Nun, wenn sie es nicht für Taiwan getan haben, werden sie es auch nicht für uns tun".

Blinken stimmte dem zu und wies darauf hin, dass Washington bei den modernsten

Halbleitern einen technologischen Vorsprung vor Peking habe. Er wies darauf hin, dass die US-Regierung mit Taiwan, Japan, den Niederlanden und anderen Ländern zusammenarbeite, "um sicherzustellen, dass die modernsten Halbleiter nicht nach China transferiert werden oder China nicht die Technologie erhält, um sie herzustellen. Taiwan ist ein wesentlicher Bestandteil davon."

### **Pekings Position im Ukraine-Konflikt**

Die Beziehungen zwischen den USA und China haben sich seit Russlands Militäroffensive in der Ukraine im Februar weiter verschlechtert, da es Washington nicht gelungen ist, Peking davon zu überzeugen, den Westen bei der Sanktionierung und Isolierung Moskaus zu unterstützen. In der Anhörung am Dienstag sagte Blinken den Senatoren, China zahle "einen hohen Preis", vor allem in Europa, weil es bei dem russischen Vorgehen in der Ukraine "untätig bleibt".

China hat die USA und ihre NATO-Verbündeten beschuldigt, die Krise in der Ukraine ausgelöst zu haben, indem sie ihr Versprechen gebrochen haben, das Bündnis nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 nicht nach Osten zu erweitern. Außerdem forderte Peking Friedensgespräche zur Beendigung des Konflikts. Angesichts der Tatsache, dass die NATO-Mitglieder Waffen im Wert mehrerer Milliarden US-Dollar in die Ukraine schicken, um sie gegen die russischen Streitkräfte einzusetzen, rief der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin am Dienstag zu Zurückhaltung und Deeskalation auf. Er betonte:

"Niemand will den Ausbruch eines dritten Weltkriegs sehen."

Wang tadelte die westlichen Mächte für ihre Kritik an Chinas Politik und beschuldigte Washington, sich der Kriegsverbrechen, der wirtschaftlichen Nötigung und des Verrats an Verbündeten schuldig zu machen. Dabei hob der chinesische Beamte hervor:

"Die Fakten haben bewiesen, dass die USA der größte Verbreiter von Desinformationen, der Schuldige an der Zwangsdiplomatie und der Saboteur des Weltfriedens und der Stabilität sind."

Blinkens jüngste Äußerungen zu Taiwan werden wahrscheinlich nicht dazu beitragen, die Wogen mit Peking zu glätten, das Taiwan als eine abtrünnige Provinz Chinas betrachtet. Die USA verfolgen zurzeit noch eine Ein-China-Politik, in deren Rahmen sie Pekings Anspruch auf Souveränität über Taiwan zwar anerkennen, aber nicht gutheißen. Vertreter der chinesischen Regierung haben wiederholt vor einer Einmischung der USA in Taiwan gewarnt und erklärt, sie würden Schritte unternehmen, um die territoriale Integrität ihres Landes zu verteidigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6269081048fbef35a570366d.jpg>